

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 110

SONNTAG, 21. Juli 1935

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:

Vormarsch in Danzig

Wachsende Inflationsangst

Die Wandlung in Jugoslawien

Der Kirchenkampf

Die Schande des 20. Jahrhunderts

Die Barbarei herrscht im Herzen Europas

Die Schande des 20. Jahrhunderts ist endlich entdeckt worden. Die »Verletzung der wesentlichsten Gesetze nicht nur der Zivilisation, sondern auch der einfachsten und primitivsten Menschlichkeit« wird an den Pranger gestellt. Mit kräftigen Worten werden Brutalität, Unkultur, Barbarei, Völkerverklavung gegeißelt. Die moralische Verurteilung geht in politische Konsequenzen über: ein Staat, der solchermaßen die Gesetze der Menschlichkeit verletzt, ist unwürdig, dem Völkerbund anzugehören, er muß zum Feind der Zivilisation erklärt, seine Souveränität und Integrität muß aufgehoben werden.

Es handelt sich um Abessinien. Die Presse Mussolinis tritt solchermaßen als Verteidigerin der europäischen Kultur gegen die Schande des 20. Jahrhunderts auf. Es ist eine abgrundtiefe Heuchelei. Wer Kriegsstimmung hochpeitscht für imperialistische Appetite, heuchelt, wenn er von Kultur redet. Aber die sonderbare europäische Konstellation hat eine Art des »politischen Realismus« erzeugt, die dieser Kulturheuchelei Resonanz geschaffen hat. Die Behauptungen und die Greuelerzählungen der italienischen Presse dringen allmählich in die europäische Presse ein. Abessinien, Mitgliedstaat des Völkerbundes, mit eifrigster italienischer Mitwirkung erst dazu gemacht, wird nun als ein parastatliches Gebilde ohne feste Regierung mit mittelalterlichen Zuständen bezeichnet, von dem jeder gute Europäer sich mit Entrüstung abzuwenden habe. Mit Abscheu liest der Kulturhochmut des guten Europäers Schilderungen von Folterungen und qualvollen Hinrichtungen, von Sklaverei und Menschenraub, und errichtet damit eine schöne hohe Wand, hinter der sich das Gewissen betrügen und beruhigen kann. Ist es nicht eine teuflische Groteske, daß der blutbefleckte italienische Faschismus, der Mord und Folterung, Raub der Freiheit und des Rechts auf seinem Schuldkonto hat, im Namen der europäischen Kultur Abessinien abwürgen will und dazu noch Beifall aus Europa findet?

Wenn die sehr geehrten Herren Europäer, die der Vorbereitung dieses »Kulturkrieges« beifällig oder mit dulddender Langmut zusehen, sich im eigenen europäischen Haus etwas umsehen wollten, so würden sie finden, daß die Barbarei und die mittelalterlichen Zustände mitten unter ihnen bestehen. Das Abessinien, so wie es die italienische Propaganda macht, dies Land der Greuel und der Barbarei, es liegt nicht in Afrika, sondern mitten unter uns, es liegt in Deutschland!

Mord, Folterung, Menschenraub, Vergewaltigung aller Menschenwürde, Versklavung, Rechtswillkür, Konzentrationslager, Zwangsarbeit, undurchsichtige willkürliche Staatsgewalt, Unterdrückung von Minderheiten, zynische Verletzung internationaler Pflichten und Verträge — das ist Hitlerdeutschland! Man muß nicht nach Afrika gehen, wenn man die Schande des 20. Jahrhunderts entdecken will. Wir wissen recht gut, daß man an einen wunden Punkt des europäischen Gewissens rührt, wenn man die Wahrheit über Deutschland hinausstreift. Es gehört nicht zum guten diplomatischen Ton in Europa, die Verbrechen und die Barbarei des braunen Regimes mit Namen zu nennen. Man möchte lieber von diesen Seiten des Hitlersystems nichts wissen, um nicht durch die Stimme des europäischen Kulturwissens in der Politik der Opportunität gestört zu werden. Man schließt die Augen,

obwohl die Schandtaten nicht aufhören: der Menschenraub im Falle Jakob, der feige Mord an unserem Genossen Husemann sind erst wenige Wochen alt! Man ist von der Vorstellung peinlich berührt, daß die italienischen Propagandaanklagen gegen das schwärzeste Volk in Afrika so genau zu treffen auf das System, das heute einen Staat weißer nordischer Rasse beherrscht und das das Objekt eines »verstehenden Realismus«, das Ziel britischer Frontkämpferdelegationen ist, würdig, Partner eines Flottenabkommens zu sein.

Aber der Zufall ist gerecht! Er hat dafür gesorgt, daß die Schande des zwanzigsten Jahrhunderts mitten in Europa sich gerade an diesem Zeitpunkt selbst an den Pranger gestellt hat. An dem Tage, an dem die britische Frontkämpferdelegation Berlin besuchte, haben die Gralshüter des braunen Systems eine Orgie der wildesten Judenverfolgungen in Berlin entfesselt — in Gegenwart der Briten, die glaubten, ein System zu besuchen, das auf gleicher kultureller Basis ruht. Die uns Lösliche Schande vieler Jahrhunderte, der aller menschlichen und moralischen Hemmungen bare Antisemitismus, dies widerliche, demoralisierende, alle bösen Instinkte entfesselnde Vorurteil gegen die Juden, das mit dem wahren europäischen Kulturbegriff unvereinbar ist, hat sich eben jetzt wieder als Grundlage und Wesensfaktor des Hitlersystems offenbart. Wo ist nun »der Skandal unseres Jahrhunderts«?

Ingrimm und Empörung erfaßt uns, wenn wir in der italienischen Zeitschrift *Affari Esteri* lesen:

»Es handelt sich um Verletzung nicht nur der wesentlichsten Gesetze der Zivilisation, sondern auch der einfachsten und primitivsten Menschlichkeit... Der Völkerbund interessiert sich für den Schutz der jungen Mädchen und der Bergarbeiter, er arbeitet Konventionen aus, um die Verunreinigung von Gewässern zu vermeiden, die Wasservögel und Fische schaden könnten, er beschützt durch die Konvention über den Walfang die

Erhaltung der kostbaren Walfische — aber in den Grenzgebieten des abessinischen Reiches gibt es ganze Völker, die sterben, es gibt eine Menschheit, die im vollen zwanzigsten Jahrhundert nach dem Recht zu leben rufen muß!«

Seht doch hin nach Deutschland, auf das Grauen, das dieses barbarische System umgibt, auf die Arbeit der Henker und der Henkersknechte! Man komme uns nicht damit, daß dieses System, sei es auch wie es sei, dennoch in das europäische Gemeinschaftsgefühl und Kulturgefühl eingeschlossen sei, daß es sich hier um weiße Rasse handle, selbst in ihren schlimmsten Ausschreitungen! Dieser Rückfall der Zivilisation in Deutschland in die Barbarei ist moralisch und menschlich verwerflicher als die primitive Barbarei ursprünglicher Völker; denn er ist bewußte und gewollte Verneinung der Gesittung. Was sind die Schlagworte europäischer Kulturpropaganda wert, wenn die zivilisatorische Aktivität sich auf Afrika richtet und gleichzeitig die Barbarei in Europa totgeschwiegen, geduldet, begünstigt wird?

Wir warnen alle, die sich heute in Europa aus Opportunität leihtherzig zu Bundesgenossen faschistischer Kulturheuchelei machen. Wer Italien das Recht zu zivilisatorischer Expansion zugesteht, sollte nachdenken. Auch das braune System hat seine Expansions-tendenzen — und nicht nur in Afrika, sondern in Europa. Es will seine Barbarei über die Grenzen tragen. Wer will sich damit trösten, daß diese Expansions-tendenzen nicht nach Westen zielen? Wo ist der östliche Punkt in Europa, wo das europäische Gemeinschaftsgefühl aufhört, wo der Angegriffene zum Rechtsbrecher gestempelt wird, zum parastatlichen Gebilde, unwürdig, in die Reihen des Völkerbundes zu gehören? Wie weit muß ein europäischer Staat nach Osten liegen, und wie schwach muß er sein, damit ihn das europäische Solidaritätsgefühl preisgibt? Wir erinnern uns: dieselben

Worte, die wir heute von Mussolini über Abessinien hören, das sich außerhalb der Menschlichkeit gestellt habe, haben wir vor kurzer Frist von Hitler über Litauen gehört. Und wer kommt nach Litauen an die Reihe?

Die Diktaturen sind der Krieg. Sie zerstören die Gesittung, mit der Gesittung die Demokratie, mit der Demokratie das Recht, mit dem Recht den Frieden, es bleibt das Faustrecht der rohen Gewalt, der Krieg. Es ist ein unheimliches Schauspiel: im Herzen Europas bereitet das braune System systematisch einen grandiosen Rechts- und Friedensbruch vor, indem es mit barbarischen Mitteln die Freunde des Rechts und des Friedens im eigenen Lande versklavt, und derweilen liefert die italienische Diktatur das Vorbild, wie man Kulturphrasen und selbst die Völkerbunds-ideologie benutzt, um einen krassen Rechtsbruch propagandistisch mit dem Schein des Rechts zu umgeben. Fürchtet niemand, daß der Lehrer mächtigere, gefährlichere Schüler finden wird, überlegt niemand, wie Europa aussehen wird, wenn die Expansion des braunen Systems sich durchgesetzt haben würde? Wem gelüstet es in Europa nach dem Schicksal Abessiniens?

Das System gesteht!

Das Statistische Reichsamt berichtet über Verurteilungen und Bestrafungen durch deutsche Gerichte im Zeitraum vom 30. Juni 1933 bis zum 1. Juli 1934. Dabei legt es das folgende Geständnis ab:

Im Laufe des Berichtsjahres wurden	
»auf der Flucht erschossen«	
sine	181 Personen
sterilisiert	12.863 „
ausgebürgert	13.121 „
in Konzentrationslager	
eingeliefert	49.102 „

Da die meisten Einlieferungen in Konzentrationslager vor dem 30. Juni 1933 erfolgten, ist die letzte Zahl ganz ungenau. Sie ist um ein Mehrfaches übertroffen worden.

Pogrom in Berlin

Von der Nationalsozialistischen Partei systematisch organisiert

Der Kurfürstendampfpogrom, der sich am Abend des 15. Juli und die ganze Nacht hindurch abspielte, ist eine genaue Wiederholung des Pogroms an der gleichen Stelle im Jahre 1932. Die Akteure waren die gleichen: SA und Hitlerbengels, die Kommandeure waren ebenfalls die gleichen: die Führer der NSDAP. Die dummen Lügen der braunen Behörden, die sich auf verantwortliche Elemente herausreden, sind ebenfalls die gleichen, die die braunen Oberbonzen im Jahre 1932 vor Gericht vorbrachten: feig, aber zynisch verlogen.

Ueber die planmäßige Vorbereitung dieses Pogroms besteht nicht der mindeste Zweifel. Berlin wurde bisher von den noch in Deutschland befindlichen Juden als der relativ sicherste und freieste Ort in Deutschland angesehen. Sie müssen auch in Berlin wie im Ghetto leben, aber man ließ sie bisher wenigstens leben. Die Folge war, daß Juden, die in der Provinz an Leib und Leben bedroht wurden, nach Berlin flüchteten, wenn sie

nur irgend die Mittel dazu besaßen. Der haßerfüllte Antisemitismus jener Führergruppe der Nazis, der der primitive Judentumhaß über alles geht, hat darum seit langem eine antisemitische Welle in Berlin vorbereitet. Zu dieser Gruppe gehören Streicher, Rosenberg, aber auch Hitler selbst. Streicher hat mit Zustimmung Hitlers eine Filiale seiner Schandzeitung »Der Stürmer« und seiner antisemitischen Aktivität nach Berlin verlegt. Er hat mit kleineren Pogromversuchen angefangen, bald in Neukölln, bald anderwärts. Er hat dabei die offene Duldung der Behörden gehabt. Bald hat er bei seinem Versuch, Nürnberger Zustände in Berlin einzuführen, die Hilfe der gesamten nationalsozialistischen Presse gefunden. Wir zitieren nur zwei Beispiele, um die systematische Vorbereitung zu zeigen. Im »Westdeutschen Beobachter« hieß es vor einigen Tagen:

»Fremde, die unser Land besuchen, sind entzückt von der Ordnung, Sicherheit und Ruhe, die im neuen Deutschland herrscht. Bei

uns wird niemandem ein Haar gekrümmt... Ein Gang durch die Straßen bezeugt das... Auf den Caféterrassen wimmelt es von Juden, und es gibt niemand, der sie auch nur beachtet...«

Im Berliner »Völkischen Beobachter« aber, dem Organ Rosenbergs, stand am Morgen des 15. Juli:

»In einem Berliner Lichtspielhaus läuft zur Zeit der schwedische Tonfilm »Pettersson und Bendel«, ein ausgezeichnete Bildstreifen, der in lebensechtem Ablauf den Wesensunterschied zwischen Ariertum und Judentum darstellt. Als erster ausländischer Film erhielt »Pettersson und Bendel« durch die amtliche deutsche Filmprüfstelle das höchste Prädikat: staatspolitisch wertvoll.

Gelegentlich der Uraufführung ereigneten sich, hervorgerufen durch eine große, scheinbar organisierte Anzahl jüdischer Besucher Zwischenfälle, die eine deutliche Sprache reden. Wenn sich auch die jüdischen Frechheiten wohlweislich im Rahmen der Dunkelheit während der Vorstellung hielten, bewiesen sie doch ganz besonders im Hinblick auf

die antliche Auszeichnung dieses Films, das das Judentum die Haltung des neuen Reichs gegenüber der Judenfrage zu Unverschämtheiten ausnutzt, die nicht ohne Folgen bleiben dürfen.

Es ist an der Zeit, einmal mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß wir rückläufige Bewegungen irgendwelcher Art auf keinen Fall dulden werden, ganz besonders aber denken wir nicht daran, unseren jüdischen Kreisen in irgendeiner Form in Dinge hineinreden oder gar pfeifen zu lassen, die Angelegenheiten des deutschen Staates oder Volkes sind.

Sie mögen sich hüten!
Am Abend des 15. Juli begann der Pogrom!

Die Vertuschungsversuche über die Verantwortlichkeit, die nun unternommen werden, kenn wir zur Genüge! Wir wissen auch, wie das »Eingreifen der Behörden« aussieht. Im Jahre 1932, als die Staatsgewalt den Händen der Republikaner bereits entglitt, haben die Pogromisten wochenlang vor Gericht gestanden. Feile Richter kreaturen haben die schlimmsten Verschleppungsmanöver, die größten Meinide der Nazibonzen vom Schlage des SA-Führers Helldorf, jetzt Polizeipräsident von Potsdam, offen begünstigt. Was heute System ist, begann damals.

Die politisch interessante Frage ist jedoch die folgende: warum fängt die Nationalsozialistische Partei heute wieder mit der Methode von 1932 an, warum tarnt sich das System mit »unverantwortlichen Elementen«? Es gibt für das letztere gewisse außenpolitische Gründe, und die Anwesenheit der britischen Frontkämpferdelegation bei diesem Pogrom war ein peinlicher Regiefehler. Wichtiger aber ist folgendes: die Nationalsozialistische Partei ist im Laufe der inneren Kämpfe im System selbst schwächer geworden. Sie will mit Gewalt aus der Inaktivität heraus. Die Streicher und Konsorten wollen zeigen, daß sie auch noch da sind, und darum greifen sie zu dem altbewährten Mittel des Judenpogroms. Wenn sie aber glauben, die beginnende Aktivität der Arbeiterschaft in den Betrieben auf die Juden ablenken zu können, so sind sie traurige Tröpfe. Oder glauben sie, die Schuld an den Finanzschwierigkeiten des Systems, an den drohenden inflatorischen Erscheinungen auf die Juden zu werfen? Das Beispiel Danzigs steht drohend vor ihren Augen. Glauben sie, daß das Volk ihnen glaubt, wenn sie schreiben werden: »die Juden sind schuldig«, wenn erst einmal die Katastrophe sichtbar wird?

Vor allem aber: die Feigheit und Niedertracht der nationalsozialistischen Führer kann sich nicht besser kennzeichnen als durch die Tatsache, daß sie erst den Pogrom systematisch organisieren und dann die Pogromisten verleugnen.

Frontkämpfer

Am 14. Juli trafen die britischen Frontkämpfer in Berlin ein. Am 15. Juli wurden sie feierlich begrüßt von denen, die sich Vertreter der deutschen Frontkämpfer nennen. Wir zählen die Namen auf:

Botschafter von Ribbentrop, Generalmajor A. D. Graf von der Goltz, Generalleutnant Schaumburg, Herzog Karl Eduard von Sachsen-Coburg, Prinz August Wilhelm von Preußen.

Frontkämpfer? Das Frontkämpfer? Ein Schrei des Zornes und der Verachtung erhebt sich in den Fabriken, an den Stempelstellen, in den Konzentrationslagern und Gefängnissen, dort wo die wirklichen Frontkämpfer sind. Das vornehme Gesindel, das das Volk im Jahre 1918 davonjagte, ist heute obenauf und bindet sich die Frontkämpfermaske vor. Die Vertreter der British Legion müssen selbst wissen, was sie tun, wenn sie sich mit den ausgesprochensten Repräsentanten des kaiserlichen Systems verbrüdern.

Mit dieser Personalliste scheint uns der Schwindel mit dieser »Frontkämpfer«-Verbrüderung hinreichend entlarvt zu sein.

Arbeiterboykott

gegen die Berliner Olympiade.

Die Exekutive der Nationalen Arbeiter-Sport-Vereinigung Großbritanniens hat eine Entschliebung angenommen, in der »angesichts der gegen die Arbeiter gerichteten Haltung der deutschen Regierung, die die Gewerkschaften, die politischen Organisationen und Sportverbände der deutschen Arbeiterschaft aufgelöst hat, alle Sportvereine sowie individuell alle Mitglieder der Arbeiterorganisationen aufgefordert werden, die Berliner Olympiade 1936 zu boykottieren und weder direkt noch indirekt zu ihrem Erfolg beizutragen.

Vormarsch in Danzig

Die Sozialdemokratie führt

Die sozialdemokratische Partei der Freien Stadt Danzig, die sich dem Ansturm der nationalsozialistischen Gewaltpolitik in so bravouröser Weise zu widersetzen verstand, ist bereits auf dem besten Wege, die Führung der Danziger Bevölkerung, die durch die kurzfristige und unverantwortliche Politik nationalsozialistischer Regierung im höchsten Maße enttäuscht wurde, wieder zu übernehmen. Obwohl in ihrer Bewegungsfreiheit durch das nationalsozialistische Regime stark beengt, ist es der Sozialdemokratie gelungen, nicht nur die Aktivität der Arbeiterorganisationen aufrechtzuerhalten, sondern sie — nach den Ereignissen der letzten zwei Jahre — kampferprobt und erfahren aufs neue in Marsch zu setzen. Auch die Massen der Bevölkerung finden wieder den Weg zur Sozialdemokratie.

Der beste Beweis dafür war die Massenkundgebung der Danziger Sozialdemokratie. Dazu schreibt die Danziger »Volksstimme«: »Knapp zwei Jahre sind vergangen, und welcher Umschwung, welcher Wandel in der politischen Situation! Die letzten Ereignisse haben großen Teilen der bisher nationalsozialistisch gesonnenen Bevölkerungskreise gezeigt, wohin die Politik der Nationalsozialisten geführt hat. Und es ist wieder die Sozialdemokratie, die es unternommen hat, die Bevölkerung aufzuklären, aber nicht nur aufzuklären, sondern sie auch zu mobilisieren zum Kampfe um ihre Existenz und um die Erhaltung ihrer Heimatstadt. Die Sozialdemokratie war es, die während der zweijährigen Herrschaft des Nationalsozialismus den Hauptsturm gegen die Rechte und Freiheiten der Danziger Bevölkerung abzuwehren hatte; die Sozialdemokratie ist es auch, die wieder in dem Ringen um die bessere Gestaltung der Verhältnisse die Führung hat. Und diese Bevölkerung folgt wieder dem Rufe der Sozialdemokratischen Partei, scharf sich um ihre kampferprobten Fahnen.«

Das Aktionsprogramm der Danziger Sozialdemokratie

Das von der Danziger Sozialdemokratie aufgestellte Aktionsprogramm enthält in seinen wirtschaftlichen Forderungen folgende Punkte:

Planmäßige Organisation produktiver öffentlicher Arbeiten, Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten, insbesondere durch Wohnungsbauten in Stadt und Land, durch Einbringung ausländischer Aufträge für die heil-

matliche Industrie und durch Aufbau von Spezialindustrien.

Besondere produktive Fürsorgemaßnahmen für die unter der Krise leidende arbeitende Jugend.

Kreditgewährung an das Kleingewerbe zu mäßigen Zinssätzen.

Der Landwirtschaft und dem Fischereigewerbe sind durch genossenschaftliche und andere zweckdienliche Organisationen ausreichende Existenzgrundlagen zu sichern. Förderung der Absatzmöglichkeiten durch Standardisierung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse.

Ausbau des Kleingarten- und Randsiedlungswesens für die städtische Bevölkerung.

Die Sozialpolitik und das Arbeitsrecht müssen auf den Schutz und die Wahrung der Rechte der wirtschaftlich Schwachen vor Not und Ausbeutung den Hauptwert legen. Dazu ist notwendig: Sicherung des Koalitionsrechtes, Wiedereinführung eines einheitlichen Arbeits- und Tarifrechts, Wiederherstellung der Arbeitsgerichte in ihrer früheren Form, paritätische Arbeitsvermittlung, ausreichende Unterstützung für die Erwerbslosen und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger.

Terror soll retten!

Das Wohnhäuschen des früheren sozialdemokratischen Volkstagsabgeordneten Rehberg im Dorfe Weßlinken ist von nationalsozialistischen Terroristen vollständig zerstört worden. Auch ein Teil der Wohnungseinrichtung wurde zertrümmert. Einem sozialdemokratischen Funktionär in Brentau wurden die Fensterscheiben eingeschlagen.

Der unter dem Einfluß der Deutschnationalen stehende »Verband nationaler Beamten« wurde verboten, ebenso die Vereinigung Ernster Bibelforscher.

Gegen diese neuen Verfassungsbrüche ist Beschwerde beim Völkerbundkommissar eingelegt worden.

Die Schuldigen und die Schuldigen

Der Zusammenbruch der Nazipolitik in Danzig hat einen stinkenden Korruptionssumpf ans Tageslicht gefördert. Der Obernazi von Wnuck wird öffentlich beschuldigt, daß er wenige Tage vor der Guldenabwertung sehr namhafte Guldenkredite aufgenommen habe, um sie nach der Abwertung in entwerteten Gulden zurückzuzahlen.

In den kritischen Tagen vor der Guldenabwertung haben nachweislich einige fünfzig Villen in Danzig ihre Besitzer gewechselt. Die bisherigen Besitzer wurden durch Druck, teilweise unter offenen Drohungen, zum Verkauf an Nazibonzen veranlaßt. Die Kaufpreise wurden nach der Abwertung in entwerteten Gulden gezahlt nach dem Prinzip: Gulden ist gleich Gulden, so daß die alten Besitzer rund die Hälfte ihres Vermögens den Nazibonzen geschenkt haben!

Die reichsdeutsche Nazipresse muß von diesen Schweinereien ablenken. Sie hat deshalb eine neue Schuldfrage erfunden. Wer ist Schuld am Unglück Danzigs? Die Juden natürlich!

Durch die gesamte reichsdeutsche Presse geht eine seltsame Geschichte, dreispaltig aufgemacht, höchst abenteuerlich und aufregend zu lesen, und so knallig und aufdringlich Hintertreppe, daß diese Naivität der Tendenz fast entzweifelt ist.

Jüdische Devisenschieber, rührige Agenten der »Weisen von Zion« haben den Dolchstoß gegen das Danziger Nazisystem geführt. In den »verbarrikierten Kellerräumen« des Herrn Cascel, »einer Type jüdischen Geblüts«, wie es im melodischen Jargon des Hitlerneudeutschum heißt, »führten Grabungen zu aufsehenerregenden Ergebnissen«, denn »als man die Erde mit dem Spaten aufhob, kam ein mit Asbest umwickeltes Gefäß zum Vorschein, in dem sich ein namhafter Betrag in Golddevisen befand«.

Von der »Type jüdischen Geblüts« heißt es, nach bewährtem Muster, lakonisch: »Er entzog sich durch einen Sprung aus dem Fenster seines Wohnhauses in Danzig-Langfuhr seinen Richtern.«

Die neue Schuldfrage zur Entlastung der Nazis ist erfunden.

Im Zeichen Streichers

Bei einer Sitzung der deutschen Wirtschaftsführer in Berlin, an der auch Hitler teilnahm, äußerte Geheimrat Bosch von den Beschwerden, daß es notwendig sei, im Interesse des deutschen Exports die Judenverfolgungen zu mildern. Hitler erhob sich darauf und verließ grüßlos während Boschs Rede den Saal. Der Versammlung ließ er durch einen Diener mitteilen, daß er erst wieder erscheinen werde, wenn Bosch den Saal verlassen habe. Bosch ging darauf.

Deutsche Streiflichter

Totschläger mit »Heil Hitler!«

Am Niederrhein gab es in den letzten Wochen Massenverhaftungen von Marxisten. In Rheydt, wo Dr. Göbbels als Sohn der Stadt Ehrenbürger ist, haben sie dem Kommunisten Hütten das Leben gekostet. Er und sein Bruder wurden eines Morgens in ihrer Wohnung festgenommen. Vierundzwanzig Stunden später erschien ein Polizeibeamter und sagte den Eltern und der jungen Frau des Hütten wörtlich: »Heil Hitler! Melde hiedurch, daß der junge Hütten sich aufgehängt hat. Heil Hitler!« Die entsetzte Familie eilte von Behörde zu Behörde, um Näheres zu erfahren. Allgemeines Achselzucken. Niemand wollte etwas wissen. Endlich erbarmte sich ein Beamter der weinenden Leute und raunte ihnen zu, sie sollten in eine Baracke hinter der Kirche gehen. Da liege der junge Hütten. Dort fanden denn die Angehörigen den Leichnam. Vergebens suchten sie aber nach Würge- und Haken an dem angeblich Erhängten. Der Hals war glatt und unversehrt. Dagegen hatte der Hinterkopf eine schwere Verletzung. Da ein Arzt nicht zugezogen werden durfte, konnte die Todesursache nicht festgestellt werden. Den Angehörigen wurde unter schweren Strafdrohungen verboten, »Gerüchte« zu verbreiten. Drei Einwohner wurden wegen »Gerüchten« verhaftet. Eine große Trauergemeinde gab dem ermordeten Kommunisten das letzte Geleit.

Ebenfalls in Rheydt gab es einen wüsten antisemitischen Exzeß. Die über 60jährige jüdische Lebensmittelhändlerin Simons wurde zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt wegen angeblich unsauberer Manipulationen. Ihre eine Tochter wurde in Schutzhaft genommen. Die Bestrafung erfolgte auf die Denunziation einer Verkäuferin, die schon von früher im Volksurteil als meißend gilt. Die Bevölkerung glaubt an ein antisemitisches Tendenzurteil. Die zweite Tochter der verurteilten

Jüdin zog nun in das Haus, um die Wohnung und den Laden nicht ohne Aufsicht zu lassen. Das paßte der SA nicht. Nachts drangen acht Banditen in der Uniform des »Führers« und Reichskanzlers in das Haus ein und mißhandelten die jüdische Frau und ihr Kind schwer. Länger als eine Viertelstunde geißelten die Hilfschreie der Frau und das Jammern des Kindes durch die Nacht. Niemand wagte zu helfen. Schließlich alarmierte doch ein Nachbar das Ueberfallkommando. Die Polizei befreite Mutter und Kind aus den Händen der braunen Bestien und sorgte für die Ueberführung der blutenden Opfer in das Krankenhaus. Der Nachbar, der die Polizei herbeigerufen hat, mußte gegen die Rache der SA polizeilich geschützt werden.

Die mißhandelte Jüdin war die Frau eines jüdischen Kriegsbeschädigten, der von einigen Jahren an den Folgen seiner Kriegsverletzung gestorben ist. Ihre Peiniger waren kaum schulpflichtig, als der Jude seine Gesundheit auf den Schlachtfeldern opferte.

»Gebärscheu«

Aus Italien kommen Klagen, daß die Heiraten und die Geburten wieder nachlassen. Das ist vom Standpunkte der Diktatur gewiß bedauerlich, da sie sich gerade anschickt, einige zehntausende, vielleicht auch hunderttausende junge Italiener dem Krieg am Äquator zu opfern. Es scheint, daß die Italienerinnen doch noch nicht heroisch genug sind, um die Kinderproduktion für die Schlachtfelder größenwahnsinniger Talmizäsuren zu steigern. Mussolini hat allen Grund, enttäuscht zu sein, zumal er, wie nicht zu leugnen ist, bemüht war, mit gutem Beispiel voranzugehen.

Daß der deutsche »Führer« dieses Beispiel nicht geben will oder kann, ist nicht zu bestreiten. Auch Heß, Göring und viele andere Führer und Freunde des nationalsozialistischen Männerbundes bleiben in der Geburtenschlacht Drückeberger

und Versager. Man darf sich also nicht wundern, daß die Miesmacher hier ein dankbares Feld ihrer Nörgelsucht haben. Im »Deutschen Aerzteblatt« stellt Hans Klepp ausdrücklich fest, daß die Geburtensteigerung im Jahre 1934 ein Augenblickserfolg zu bleiben drohe, wenn nicht eine ernsthafte und lebhaftige Werbung für die Umstimmung der verheirateten Frauen und für ihre dauernde Bekehrung zum Mehrkinderstrome durchgeführt werde. Gleichzeitig müsse ein Kampf gegen vorlaute und unverantwortliche Miesmacher einsetzen, die leider die Ehefrauen »gebärscheu« machen. Man erfährt, daß die verfluchten Miesmacher »von übermäßig großem Einfluß« sind und mehr Glauben finden als die schönsten nationalsozialistischen Nachwuchspredigten. Der Seelsorger und der Arzt müßten in die Front. Ob sie ihre aufklärende und ermunternde Tätigkeit auch in der Reichsregierung und bei den sonstigen ehe- und kinderlosen Männern des nationalsozialistischen Führerordens betreiben sollen, wird im Aerzteblatt nicht gesagt!

Man sollte es aber eigentlich annehmen, denn der ärztliche Bußprediger meint, man dürfe nicht nur die Frauen gewinnen wollen, sondern müsse bei der Erziehungsarbeit noch mehr diejenigen in Betracht ziehen, »die aus Unverstand, Gedankenlosigkeit und Mangel an Feingefühl alle guten Belehrungen zu nichts machten«. Auf wen anders könnte das gemünzt sein, als auf die Führer und Minister, die durch passiven Widerstand die Geburtenschlacht sabotieren?

Mit der Zusammenarbeit von Aerzten und Seelsorgern wird es übrigens hapern, denn der Kulturkampf-Krach um die Unfruchtbarmachung spaltet nicht nur die Aerztewelt in religiöse und areligiöse Fronten, sondern macht auch die Kluft zwischen den vielen rein materialistischen Aerzten und der kirchlich-religiösen Auffassung von den Grenzen der Staatsgewalt über das Leben des Menschen immer tiefer.

Brillanten-Emmi

Ihre Majestät Emmi Sonnemann-Göring, gesetzlich geschützt.

Die barbarische Zurschaufstellung der branden Korruption und des auf Raub beruhenden neuen Reichturns des Göring bei seiner Hochzeit mit der Schauspielerin Sonnemann hat in Deutschland Zorn und Empörung hervorgerufen. Diese Erregung schwingt noch nach. Sie ist so allgemein, daß jetzt willfährige Richtercreaturen aufgeboden werden, um die Stimme des Volkes zu unterdrücken. Das Sondergericht in Frankfurt (Main) hat sich in den Dienst dieser schmutzigen Aufgabe gestellt. Darüber berichtet die braune Justizpressestelle:

»Ein 46jähriger Angeklagter, der sich im Kriege tapfer benommen hatte, aber gesundheitliche Nachteile erlitt, äußerte sich im Büro einer Behörde, wo er tätig war, in herabsetzender Art über die Gattin des preußischen Ministerpräsidenten. Das Gericht erkannte auf vier Monate Gefängnis. Der Staatsanwalt veranlaßte sofortige Urteilsvollstreckung.

Im zweiten Falle handelte es sich um einen 59jährigen unbestraften Einwohner aus Mansfelden. Dem Angeklagten waren von zwei Leuten aus Wiesbaden Angaben gemacht worden, welche achtungsverletzende Behauptungen über die Gattin des Ministerpräsidenten enthielten. Diese Behauptungen hat der Angeklagte dann in einem Wirtshaus zunächst als seine eigenen aufgestellt und weiterverbreitet, obwohl er später Zweifel an ihrer Richtigkeit äußerte. Der Staatsanwalt beantragte zehn Monate Gefängnis, das Gericht beließ es bei drei Monaten Gefängnis, da der Angeklagte schon alt, noch nicht mit den Gesetzen in Konflikt geraten sei, im Krieg seine Pflicht getan habe und sich schon vor der Machtergreifung tatkräftig für die NSDAP eingesetzt habe.

Der dritte Angeklagte war ein 61jähriger, früher wegen Schwachsinn entmündigter Einwohner aus Wiesbaden, der unter Anklage stand, in einem Brief ein Regierungsmitglied verleumdet zu haben. Er wurde im Hinblick auf sein hohes Alter und seine verminderte Zurechnungsfähigkeit zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. Die Untersuchungshaft wurde ihm angerechnet.

Richter, die solche Urteile fällen, machen sich zu Komplizen der braunen Korruption!

Goslar, die Reichsbauernstadt, wird ungeduldig

In der Verbrämung der Romantik und des Riesenhaften schreitet der Darrésche Reichenährstand den anderen braunen Organisationsgebilden voran. Bekanntlich hat man Goslar am Harz, letzte Schutzwehr am Ostrand des Sachsenlandes im Januar 1934 zur Reichsbauernstadt ernannt. Der gesamte Apparat der Bürokratie des Reichenährstandes mit etwa 3000 Köpfen sollte nach Goslar übersiedeln. Wie der Bauernretter Darré mit dem Erbhofgesetz, der Marktordnung für landwirtschaftliche Erzeugnisse und seiner sonstigen Blubo-Politik ein Fiasko erlitt, so ist Goslar heute noch immer nicht Sitz des Reichenährstandes, obwohl man mit stärkstem Pathos die Ueberhöhung hinausposaunt hatte. Nur der Verlag »Blut und Boden« und eine Reichsbauernschule hat man vorläufig provisorisch in Goslar untergebracht. Der finanzielle Dalles des Hitler-Reiches hat die nationalsozialistische Flucht aus der rauhen Wirklichkeit in das mittelalterliche Städtchen bislang verhindert. Die Goslarer Bevölkerung, welche auf die braunen Blütenkränze große Hoffnungen gesetzt hatte, ist schwer enttäuscht und ungeduldig. Schon im Juni 1934 hatten die Goslarer Stadträte den Bau einer großen Stadthalle für 8000 Personen beschlossen, in welcher der Reichsbauerntag stattfinden soll. Die Festbühne sollte z. B. mit Erntewagen in großem Zuge befahren werden können. Als kürzlich die Harz-Presse einen Plan des Prof. Fischer-Hannover für eine »Goslarhalle« veröffentlichte, wurden schon am folgenden Tage die Zeitungen mit einem geharnischten Ukas des Beauftragten der NSDAP und Oberbürgermeister Droste-Goslar bedacht. Droste, früher Kontorist in einer Goslarer Sauerbrunnenfabrik, teilte auf Veranlassung Darrés drakonisch mit »Für eine Erörterung des Projektes in der Öffentlichkeit ist der Zeitpunkt noch nicht gekommen.« So wird der diesjährige Reichsbauernthing wieder in einem Schützenfestzeit stattfinden und die »längere Dauer, manchen Goslarer ungeduldig werden lassen.

Der Kirchenkampf in Deutschland

Hintergründe der Kirchenpolitik — Wachsende Opposition gegen das System

Der Kirchenkampf ist seit einigen Monaten in ein neues Stadium getreten. Das System arbeitet im Kirchenkampf mit Verböten und Verhaftungen, mit der Erleichterung des Fernbleibens vom Religionsunterricht mit finanziellen Schikanen und Drohungen. Anfang März wurde durch einen Erlaß des Reichskulturministers eine allgemeine Senkung der Kirchensteuer um 20 Prozent angeordnet und diese Maßnahmen mit der Ertragssteigerung der Einkommen- und Lohnsteuer begründet, die die Berechnungsgrundlagen für die Kirchensteuerzuschläge sind. Ende März fielen in Baden die staatlichen Sonderzuschüsse für die Besoldung der Geistlichen beider Konfessionen weg und man entschuldigte diese Maßnahme mit der ohnehin im Gesetz von vornherein vorgesehenen zeitlichen Begrenzung. (Es handelte sich um eine Summe von über 1 Million Mark jährlich, für ein Land von noch nicht 2½ Millionen Einwohnern ein ansehnlicher Betrag.) Schließlich hat vor kurzem Frick auf dem thüringischen Gau der NSDAP offen mit der Trennung von Staat und Kirche und damit mit der Entziehung der staatlichen Zuwendungen gedroht. Diese Zuwendungen haben für beide Bekenntnisse im ganzen Reich (nach der Reichsfinanzstatistik) im Rechnungsjahr 1929/30 rund 153 Millionen, 1931/32 noch rund 135 Millionen betragen, davon entfielen allein auf Bayern 38 bzw. 34 Millionen. Diese Zahlen erhellen die Bedeutung, die die Drohung Fricks für die Kirchen hat. Die Verwirklichung dieser Drohung müßte vor allem die evangelische Kirche außerordentlich hart treffen. Aber auch für die katholische Kirche wäre es ein schwerer Schlag und sie scheint in Bayern schon jetzt Anstalten zu treffen, um ihm einigermaßen zu begegnen.

Im Mittelpunkt des Kampfes steht gegenwärtig die katholische Kirche. Ueber Stimmungen und Ansichten im katholischen Lager unterrichten die folgenden Berichte, die uns aus Deutschland zugegangen sind:

Nordbayern

Man gibt sich in klerikalen Kreisen keiner Täuschung darüber hin, daß das große Erstarken der katholischen Propaganda, die enorme Beteiligung an den Prozessionen nicht zuletzt auch politische Gründe hat und daß die Massen von der Kirche mehr erwarten, als bis jetzt geschehen ist.

Die feste Haltung des Kardinals Faulhaber und des Würzburger Bischofs Ehrenfried wirkt sich in diesen Städten, besonders in München, aus. Obwohl in München in einigen Versammlungen Morddrohungen gegen den Kardinal ausgesprochen worden sind, getraut man sich doch nicht, ähnliche Ueberfälle in Kirchen wie am Rhein zu machen.

Die in München beobachtete Annäherung der Reichswehr an katholische Veranstaltungen, andererseits der wütende kläffende Ton der Nazis gegen Kirche und Faulhaber, dem aber doch im Gegensatz zu Norddeutschland keine Taten folgen, zeigen, daß in Bayern sich der Widerstand gegen das Dritte Reich am meisten zu formen beginnt.

Der Widerstand des politischen Katholizismus beschränkt sich in Bayern auf die Jugendverbände und die Katholische Aktion. Die früheren christlichen Gewerkschaften und Bauernvereine haben keine illegalen Kaders. Jene Vereinigungen sind religiös leicht zu tarnen.

Eine große Rolle bei den Jugendverbänden spielt der Prinz Friedrich Christian von Sachsen, dessen Aufruf sogar in den Hirtenbrief des Bamberger Erzbischofs aufgenommen wurde.

Dieser Wettiner, Sohn des letzten Königs von Sachsen und nach dem Verzicht seines geistlichen Bruders Georg, das Haupt der Wettiner Familie, lebt in Bamberg und ist mit einer Tochter des bayerischen Fürsten von Thurn und Taxis verheiratet. Diese Daten sind wichtig, da dieser Wettiner bei den konservativen monarchistischen Kreisen als eine Persönlichkeit gilt, deren Abstammung, Verbindung und Ergebenheit gegen die Kirche ihn zu monarchistischen oder präsidialen Zwecken prädestinieren. (Rupprecht v. Wittelsbachs Popularität war nie groß. Die kirchlichen Kreise haben ihm das böse Wort von 1902: »Wenn ich dran komme, haben die Pfaffen nichts zu lachen« nie vergessen. Seine ganz einseitig militärische Einstellung, später sein einseitiges Stützen auf den Stahlhelm und den protestantischen Adel Frankens, sein Versagen im

Jahre 1923, als die Kreise Heim-Schäffer-Hundhauser-Melxner zur bayerischen Aktivität drängten, haben seine Position verschlechtert.)

Der bayerische Partikularismus, der ja nie ganz tot war, sollte durch die Aktion vom 30. Juni 1934 erledigt werden. Er lebt fort in erster Linie in der katholischen Kirche. Bei einem Zusammenbruch der hitlerschen Katastrophenpolitik sieht man in Deutschland eine Konkursmasse und man will wenigstens für Bayern retten, was noch zu retten ist. An ein sofortiges Wiedererstehen des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei denkt man in klerikalen Kreisen nicht.

Unausgesprochen schwebt den klerikal-partikularistischen Kreisen so etwas wie der österreichische Klerofaschismus, etwa eine Kollektivpartei aller Nazigegner vor.

In der katholischen Kirche besteht eine starke Sorge, daß die Regierung ihre Drohung ernst machen und die Trennung von Staat und Kirche durchführen könnte. In den bischöflichen Finanzämtern ist man zur Zeit damit beschäftigt, die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Kirche einer genauen Nachprüfung zu unterziehen und die Verwaltung zu zentralisieren, um sich auf diese Weise auf die finanziellen Folgen einer solchen Trennung vorzubereiten. Eine solche Trennung von Kirche und Staat würde insbesondere für die bayerische Kirche außerordentlich fühlbar sein. In Bayern haben die Staatszuschüsse für die beiden Konfessionen vor dem Kriege 6,5 Millionen Mark jährlich betragen, 1929 dagegen 36 Millionen, während das fünfmal größere Preußen nur 80 Millionen dafür aufwendete. Seit 1929 sind wiederholt Kürzungen der bayerischen Staatszuschüsse vorgenommen worden. Immerhin wird man heute noch mit einem jährlichen Zuschuß von 25 bis 26 Millionen rechnen können. Würde dieser Zuschuß wegfallen, so wäre das ein empfindlicher Schlag für die katholische Kirche. Denn es ist natürlich fraglich, ob die Steuerfähigkeit und Opferwilligkeit des Kirchenvolkes ausreicht, um diesen Ausfall wettzumachen.

Die Kirche fürchtet daher, daß in Deutschland ein ähnlicher Zustand eintreten könnte, wie er in Frankreich besteht, wo die Einkommensverhältnisse des niederen Klerus sehr viel geringer sind als in Deutschland. Aus diesen Zusammenhängen erklärt sich auch die schwankende Haltung der katholischen Kirche.

Die hohen Strafen gegen Ordensschwester und -brüder wegen Devisenschmuggel haben in katholischen Kreisen sehr erbitternd gewirkt, aber sie haben die ehemaligen Anhänger der Bayerischen Volkspartei keineswegs hoffnungslos gemacht. Im Gegenteil, sie sind der Auffassung, daß diese Vorgänge der beste Beweis dafür sind, wie schlecht es um die ganze Hitlerei steht. Die Leute sagen so: Was sie den Roten genommen haben, ist schon verpulvert, jetzt nehmen sie es uns und dann müssen sie die Kapitalisten angreifen und das ist ihr Ende.

Bei den Sammlungen für die christliche Caritas hat das Volk überall weit mehr gegeben als bei den Sammlungen, die die Nazis durchführen. In dem kleinen Städtchen Rötze (1290 Einwohner) wurden an einem Tage für die Caritas 504 Mark gesammelt. Alle Bevölkerungskreise gaben für die Caritas Sammlungen, auch solche, die in normalen Zeiten für diese Zwecke nichts gegeben hätten.

Westdeutschland

Im Ruhrgebiet ist der Kirchenbesuch besser als je. Die sogenannten Mai-Andachten waren jeden Abend voll und es gingen keineswegs nur Kleinbürger in die Kirche, sondern auch Proleten. Die Haltung der Pfarrer ist nicht einheitlich. Ein großer Teil versteht es sehr geschickt, Pfeile gegen das System abzuschleßen. Indem sie gegen Schirachs und Rosenbergs »Dunkelmänner« zu Felde ziehen, üben sie indirekte Kritik am Regime selbst. Wenn man mit politisch geschulten Katholiken, etwa dem Präses eines Gesellenvereines, oder dem Führer einer katholischen Jungchar spricht, so werden sie sehr bald außerordentlich kritisch gegen das Regime. Auch in den Betrieben nehmen die Arbeiter immer wieder die Kirchenfrage als Ausgangspunkt für politische Debatten, in die sie dann auch kritische Bemerkungen über die Löhne, die Arbeitsfront usw. einflechten. Den katholischen Jugendverbänden ist es zwar streng verboten, sich in irgend einer uniformähnlichen, einheitlichen Kleidung zu zeigen. Trotzdem setzen sich immer wieder Gruppen über dieses Verbot hinweg.

Bei uns und auch im Rheinland flüchtet sich mehr und mehr die Opposition in die Kirchen und die Kirchenblätter haben durchaus recht, wenn sie behaupten, daß die Zahl der Kirchenbesucher ständig steigt. Die Fanatiker im Kirchenstreit haben dieses Kunststück fertiggebracht. Bei besonders guten Predigern sind die Kirchen überall gerammelt voll und oft stehen die Massen auf den Straßen.

Südbayern

An den Mittelschulen sind die antiklerikalen Strömungen besonders ausgeprägt. Ein Gedicht, das dort unter der Hitlerjugend verteilt wurde, hat folgenden Wortlaut:

Der Herbstwind weht übers Stoppelfeld und weht über Aecker und Brache, ein neues Jahrtausend beginnt in der Welt, du schlafendes Deutschland erwache.

Der Papst sitzt in Rom auf seinem Thron es hocken bei uns seine Pfaffen, Was hat einer deutschen Mutter Sohn mit Papst und Pfaffen zu schaffen?

Man hat unsere Ahnen als Ketzer verbrannt der streitbaren Kirche zu Ehren, in Asiens Wüste, im deutschen Land verblutete deutsche Wehre.

Rot floß die Aller vom Sachsenblut, die Stedinger wurden erschlagen, als Abiaß wurde der Bauern Gut von Mönchen ins Welschland getragen.

Die Zeit verging, doch der Pfaffe blieb, dem Volke die Seele zu rauben, und ob er's römisch, lutherisch trieb, er lehrte jüdischen Glauben.

Die Zeit des Kreuzes ist nun vorbei, das Sonnenrad will sich erheben, so werden mit Gott wir endlich frei dem Volke die Ehre zu geben.

Wir brauchen zum Himmel die Mittler nicht, es leuchten ja Sonne und Sterne, und Blut und Schwert und Sonnenrad sind Kämpfer in jeglicher Ferne.

Der Herbstwind weht übers Stoppelfeld und weht über Aecker und Brache, ein neues Jahrtausend beginnt in der Welt, du schlafendes Deutschland erwache!

Die andauernden und immer aggressiver werdenden Katholikenverfolgungen bringen eine zunehmende Radikalisierung der jungkatholischen Zirkel mit sich. An einzelnen Orten sind schon illegale katholische Flugschriften erschienen, die in Deutschland unterdrückte Reden geistlicher Würdenträger und ausländische Pressestimmen, mitunter auch Darstellungen von Ueberfällen auf Katholiken u. a. wiedergeben. Die Schwäche dieser schüchternen Versuche, eine politisch-katholische Bewegung zu organisieren, liegt in dem Mangel an geeigneten Kadern. In der letzten Zeit sind Vertreter solcher Zirkel wiederholt an unsere Genossen herangetreten mit dem Ersuchen, ihnen die bei uns gemachten Erfahrungen in der illegalen Arbeit bekanntzugeben.

Sachsen

Seit etwa einem halben Jahr hält der frühere sächsische Kronprinz Georg, der katholische Geistlicher geworden ist, in der Dresdner Hofkirche Predigten, die sich in sehr auffälliger Weise und sehr ausführlich mit dem nationalsozialistischen Kulturprogramm auseinandersetzen. Vor allem behandelt er die beiden Gebote: »Du sollst nicht töten« und »Du sollst keine anderen Götter haben neben mir« und führt die Unterschiede immer wieder vor Augen. Die Kirche ist infolgedessen stets überfüllt.

Schlesien

Die katholische Jugend trifft sich trotz des Verbotes bei Veranstaltungen häufig in ihren grünen Hemden. Vor kurzem hat in der katholischen Kapelle am Brückenkloster eine solche Veranstaltung stattgefunden, an der 800 bis 1000 Jugendliche teilgenommen haben. Es wurden neue Fahnen eingeweiht und ein Heil auf »unsere Führer Jesus Christus« ausgebracht.

Im protestantischen Kirchenstreit macht sich auf beiden Seiten eine gewisse Kompromißbereitschaft bemerkbar.

Die Nachgiebigkeit der Bekenntniskirche hat wohl nicht zuletzt finanzielle Gründe. Offenbar ist sie aber auch bestimmt durch die Tatsache, daß sich jetzt auch die evangelische Kirche durch die Hauer-Bewegung bedroht und gezwungen sieht, ihre Kräfte auf die Abwehr dieser Bewegung zu konzentrieren.

Zunehmende Inflationsangst

Die Grenzen der Finanzierung der Rüstung

Es ist ein ständiges Bemühen der deutschen Finanzpolitik, den Markt für langfristige Anleihen zu befestigen, die Kurse in die Höhe zu treiben und so die Aufnahme einer großen neuen Anleihe zu ermöglichen, die dem riesigen Anwachsen der kurzfristigen Schulden endlich etwas Einhalt gebieten könnte.

Schätzt man doch, daß die Vermehrung der schwebenden Schulden in der letzten Zeit monatlich den Betrag von einer halben Milliarde Mark übertrafen hat!

Dem Zweck, alle für langfristige Anlagen zur Verfügung stehenden Mittel vor allem dem Rentenmarkt zuzuführen, dienen verschiedene Maßnahmen. So wurde die Zulassung neuer Aktien zur Börse völlig verhindert, um die Anlage suchenden Gelder allein für die staatlichen Anleihen zu reservieren. Die Ausschüttung von Dividenden über 6 resp. 8 Prozent wurde verboten, der Ueberschuß muß in einen Fonds eingezahlt werden, der die eingehenden Gelder, die bis jetzt allerdings nur eine wenig ins Gewicht fallende Summe darstellen, in Reichsanleihen anlegt. Noch entscheidender war die Verfügungsgewalt der Diktatur über die Banken und Sparkassen, die gezwungen wurden, erhebliche Mittel in Anleihen festzulegen. Aber all diese einschneidenden Maßnahmen haben den Zweck nicht erreicht. Die Nachfrage nach Aktien dauert ununterbrochen an, während die Rentenmärkte verödet bleiben. Die ersehnte Möglichkeit, in normaler Weise eine langfristige Reichsanleihe unterzubringen, rückt noch immer nicht näher, trotz des »berechtigten Optimismus«, trotz der »günstigen Nachrichten aus der Wirtschaft« und trotz der »Erfolge der Wirtschaftsführung der Reichsregierung«. Und dies ist umso schmerzlicher, als z. B. in England der Rentenmarkt größte Festigkeit zeigt und die Verzinsung, die der Staat gewährt, ohne alle Zwangsmaßnahmen unter 3% herabgedrückt werden konnte.

Während sonst die festverzinslichen Staatspapiere bei gleichem Ertrag wegen ihrer Sicherheit einen höheren Kursstand aufweisen als Aktien mit ihrem viel größeren Risiko und ihren schwankenden Erträgen — kurzdauernde Spekulationsperioden am Gipfelpunkt der Hochkonjunktur manchmal ausgenommen — ist es in Deutschland (und bezeichnender Weise auch in Italien) umgekehrt. Augenblicklich werden in Deutschland 4½-prozentige Anleihen etwa mit 97% notiert, werden Aktien von Industriegesellschaften, die zuletzt eine Dividende von nur 4% ausgeschüttet haben, zu 100% und darüber bewertet werden. Ja noch mehr! Wir haben bereits vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß eine ständige Steigerung der Aktienkurse auch völlig ertragloser Aktiengesellschaften zu verzeichnen ist, wie z. B. der Aktien der Hamburg-Amerika-Lloyd, die völlig bankrott sind und deren Defizit seit Jahren vom Reich gedeckt werden muß. Diese Abneigung gegen Renten erstreckt sich zudem nur auf die deutschen Papiere. Ausländische Anleihen, sofern sie in Deutschland überhaupt erworben werden können, sind außerordentlich begehrt, und dies geht so weit, daß auch notleidende Papiere, wenn sie nur nicht auf deutsche Markwährung lauten, recht rege gefragt und im Kurse heraufgesetzt werden.

Gerade dieser Umstand weist deutlich auf die Erklärung dieser Erscheinung hin. Es ist die zunehmende Inflationsangst des anlagensuchenden, besitzenden Publikums.

Während die Lämsterwelle abgeebbt ist, die Sparkasseneinlagen, wenn auch etwas verlangsamt, noch zunehmen, also in den Massen die Inflationsangst noch nicht weiter um sich gegriffen hat oder wenigstens noch nicht ihr tägliches wirtschaftliches Verhalten bestimmt, ist es bei den Besitzenden, bei denen die Bescheid wissen, anders. Sie suchen sich gegen eine künftige Inflation oder eine Devaluation, die sie für unvermeidlich ansehen, mit allen Mitteln zu schützen. Freilich lieber als deutsche würden sie ausländische Papiere oder Gold oder Metalle kaufen. Aber da dies infolge der Devisenzwangs- und Rohstoffwirtschaft unmöglich ist, bleiben nur die deutschen Aktien übrig und so steigen die Kurse.

Trotz seiner diktatorischen Macht kann Schacht da nicht viel machen. Zwar ist er

Herr über Banken und Sparkassen; er kann sie zwingen, Spar- und Depositengelder in Anleihen anzulegen. Aber er bedarf dieser Gelder in großem Umfang, um damit seine stets sich vermehrenden kurzfristigen Kredite zu finanzieren. Der Mißerfolg der Anleihe, die er bei den Versicherungsgesellschaften unterbringen wollte, hat deutlich die Schranken seiner Macht gezeigt. So muß sich der Mächtige auf ohnmächtige Ermahnungen beschränken. Schon vor kurzem hat er vor der »übertriebenen« Aktienhausse gewarnt. Jetzt hat er den Berliner Börsenvorstand zu einer Erklärung veranlaßt, die sicher recht ungewöhnlich ist. Es heißt darin:

»Die Organe der Berliner Börse halten es für ihre Pflicht, das anlagensuchende Publikum, insbesondere die Sparer, auf die Gefahren der letzten Kursentwicklung am Aktienmarkt hinzuweisen. Die Aktienkurse haben nach einem Zeitraum der Abschwächung erneut eine zum Teil verstärkte Aufwärtsbewegung erfahren... Die Börsenorgane... sehen sich veranlaßt, darauf aufmerksam zu machen, daß die Kurserhöhungen zum Teil einer sachlichen Begründung entbehren... Wohl berechtigten die Erfolge der Wirtschaftsführung der Reichsregierung, wie die günstigen Nachrichten aus der Wirtschaft zeigen, zu einem gesunden Optimismus. Es darf aber nicht übersehen werden, daß Handel und Industrie auch mit neuen Belastungen zu rechnen haben. Ueberdies hat die Reichsregierung Maßnahmen zu einer gerechten Begrenzung der Dividendenbarzahlung aus den Erträgen der öffentlichen Arbeitsbeschaffung getroffen. Das Publikum wird daher sorgfältig prüfen müssen, ob die hier nach zu erwartende Rentabilität das gegenwärtige Kursniveau rechtfertigt. Die Rendite vieler Aktien steht schon jetzt in einem unbegründeten Gegensatz zu der Verzinsung, die für erstklassige Kapitalanlagen am Rentenmarkt erzielt wird.«

Es ist nun höchst bezeichnend, daß diese nachdrückliche Warnung nur eine geringe Wirkung erzielt hat. Zu anderen Zeiten wäre ein panikartiger Kursrückgang die Folge gewesen. Diesmal tra-

ten bei recht geringem Angebot Senkungen um wenige Prozent ein, ja einzelne Papiere konnten sogar ihre Kurse noch erhöhen. Und dies, obwohl trotz der eben eingeführten Exportabgabe, welche die für Dividenden zur Verfügung stehenden Erträge stark herabdrücken muß, neue Belastungen für Handel und Industrie angekündigt werden! Dagegen zeigt der Anleihemarkt nichts von der erhofften Belebung.

Der Vorgang ist in doppelter Hinsicht lehrreich. Einmal zeigt er, wie stark das Mißtrauen des Kapitalistenpublikums gegen die deutsche Staatsfinanzierung geworden ist. Es sieht das Risiko der Anlage in deutschen Anleihen bereits für so groß an, daß es auf einen Teil des Ertrages verzichtet und sich zur Sicherung seines Vermögens in Aktien auch zu übersteigerten Kursen flüchtet. Sodann aber ist diese ganze von Schacht erdachte mit allen Mitteln geförderte Monopolisierung der verfügbaren Gelder für den Rentenmarkt d. h. für die Staatsfinanzierung, ein neues Hemmnis für eine echte Belebung der Wirtschaft. Indem er die Aktienemission verhindert, verhindert er in großem Umfang die private Wirtschaft an neuen Kapitalinvestitionen. Er vergrößert dadurch das die deutsche Wirtschaftsentwicklung charakterisierende und ihre Fortentwicklung bedrohende Mißverhältnis, das zwischen der aufgeblähten inflatorisch finanzierten Staatswirtschaft und der Privatwirtschaft ohnedies besteht. Immer mehr beruht die deutsche »Konjunktur« auf den Rüstungsaufträgen und der Belebung der von ihnen unmittelbar alimentierten Industrien. Dies erklärt ja auch die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung in den einzelnen Produktionszweigen und insbesondere das Zurückbleiben der Konsummittelindustrien hinter der Schwerindustrie. Die Erteilung der Rüstungsaufträge aber stößt auf die Schranken der Finanzierung, von denen die geschilderten Börsenvorgänge nur eines unter vielen Symptomen darstellen.

Dr. Richard Kern.

Liebesgabe für die Großagrarien

Neue Steigerung der Getreidepreise

Der Reichsnährstand gibt die Ordnung der Getreidewirtschaft für das Jahr 1935/36 bekannt. Nach der Schätzung des Statistischen Reichsamts von Anfang Juli ist eine Getreidernte von insgesamt 21,9 Millionen Tonnen zu erwarten, rund eine Million mehr als im Vorjahr. Für Weizen und Roggen glaubt man ohne Einfuhr auskommen zu können. Weniger günstig sieht es beim Futtergetreide aus. Bei einer guten Gerstenernte ist das Ergebnis bei Hafer nicht günstiger als das bekanntlich sehr schlechte des Vorjahres. Infolgedessen wird auch weiter Einfuhr von Futtermitteln notwendig bleiben, wenn auch vielleicht in geringerem Umfang als im Vorjahr, da Brotgetreide in erheblichem Umfang für Futterzwecke in Anspruch genommen werden kann.

Die Brotpreise sollen auch weiterhin unverändert bleiben. Nur für einige wenige Orte werden angeblich »mäßige Brotpreiserhöhungen« zugelassen werden. Dagegen findet eine Erhöhung der Getreidepreise statt. Namentlich werden die monatlichen Preiszuschläge erweitert. Der Unterschied zwischen dem niedrigsten Preis zu Beginn des Getreidejahres und dem höchsten Preis am Jahreschluß beträgt bei allen Getreidearten 20 Reichsmark je Tonne, während der bisherige Unterschied um ein Drittel darunter war. Nur bei Weizen liegt der Anfangspreis in diesem Jahre etwa vier Reichsmark niedriger, um einer Ausdehnung der Weizenanbaufläche über den Bedarf hinaus entgegenzuwirken. Alle übrigen Anfangspreise sind erhöht worden und die Endpreise liegen auch bei Weizen über denen des Vorjahres. Die Preisfestsetzung ergibt sich aus folgender Tabelle, die für ein mittleres Preisniveau gilt (in Reichsmark je Tonne):

	Roggen	Weizen	Gerste	Hafer	
Anf. Juli	151	165	191	204	
Anf. Juli	151	164	151	164	
1934/35	151	165	191	204	
1935/36	152	172	187	207	
Veränd.	+1	+7	-4	+3	
			+6	+13	
				+0	+7

Zu Ende des Erntejahres sind also die Getreidepreise in allen Fällen höher und schon zu Beginn höher bei Roggen und Gerste. Nun wurden schon im vorigen Jahre die Getreidepreise bei Roggen um 8, bei Weizen um 9, bei Hafer um 15 Prozent erhöht. Das wurde damals damit begründet, daß dem Landwirt ein Ausgleich für den schlechten Ernteausfall gewährt werden müßte. Diesmal ist aber der Ernteausfall relativ gut und trotzdem erfolgt eine neue Preiserhöhung! Der Landwirt profitiert also doppelt: an den Preisen und an der Menge.

Die Preiserhöhung hat natürlich rein politische Gründe. Die Unzufriedenheit der bäuerlichen Bevölkerung mit dem nationalsozialistischen Regime ist dauernd im Wachsen; sie will man durch neue Zuwendungen beschwichtigen, deren Kosten die städtische Bevölkerung zu tragen haben wird. Denn es bleibt sehr fraglich, ob die Brotpreise wirklich auf dem bisherigen Stande gehalten werden können, da ohnedies die Mühlen und namentlich die bei den Nationalsozialisten einflußreiche Schicht der Bäcker über die angeblich zu geringe Preisspanne klagen. Aber auch der Nutzen der Bauern wird ein sehr geringer sein, da die Verteuerung der Futtermittel die Produktionskosten für die Veredelungsprodukte ihrer Wirtschaft aufs neue steigert. Die wirklichen Nutznießer werden die Getreide verkaufenden Großbauern und Großgrundbesitzer sein.

Die ungewisse Mark

Aus den Auseinandersetzungen, die sich an die letzten Steigerungen der Aktienkurse geknüpft haben, erfährt man, daß die Angst über die Ungewißheit der weiteren Entwicklung der deutschen Währung große Schichten des Volkes erfaßt haben muß. Die Börse, der von den nationalsozialistischen Zeitungen der Vorwurf gemacht worden ist, daß sie den Aktienmarkt organisiert habe, verteidigt sich entschieden gegen den Vorwurf. Dazu werden im Berliner Börsen-Courier (Nr. 277) folgende Feststellungen gemacht:

»Die Vorgänge in Frankreich, wo die Stabilität der Währung bedroht war, hatten ängstliche Gemüter auch in Deutschland zu Sachwertkäufen veranlaßt, die übrigens nicht nur am Aktienmarkt, sondern auch am Grundstückmarkt zu beobachten waren.

Wenn an einigen Tagen der vorangegangenen Woche Kursausschreitungen durch wahllose Käufe, insbesondere von ertraglosen Aktien, vorgekommen sind, so ist dies auf eine falsche Einstellung der Käufer zur Währungsfrage zurückzuführen... Die falsche Einstellung dieser Publikumskreise ist hervorgerufen worden durch die Vorgänge am internationalen Devisenmarkt, also durch die Diskussion über Devaluation von Währungen des Auslandes. Für eine Devaluation in Deutschland sind aber in der letzten Zeit verantwortungsbewußte maßgebende Stimmen weder in der deutschen Presse noch sonst in der Öffentlichkeit eingetreten.«

Trotzdem hatte die Flucht aus der ungewissen Mark in die Sachwerte einen bedrohlichen Umfang angenommen. Das ist bezeichnend für die herrschende psychologische Stimmung und für die außerordentlich labile Lage der deutschen Verhältnisse. Die vorsichtige Formulierung des Berliner Börsen-Courier, die ihn nur sagen läßt, daß in letzter Zeit verantwortungsbewußte maßgebende Stimmen weder in der deutschen Presse noch in der Öffentlichkeit für eine Devaluation eingetreten seien, läßt offen, daß nicht verantwortungsbewußte maßgebende Stimmen dennoch eine Devaluation propagieren.

Wir vermuten, daß der jüngste Sturm auf die Aktien nicht die letzte Flucht vor der ungewissen Mark gewesen sein wird!

Die geheimnisvolle Kasse

Durch die Frankfurter Blätter geht folgende Notiz:

»Im Schnellverfahren urteilte das Schöffengericht den 36jährigen Georg G. ab, der wegen Unterschlagung von etwa 2500 Mark zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Es handelte sich um Gelder, die der Angeklagte in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer einer Kasse entnommen hatte. G. wollte in seinem eigenen Geschäft in wirtschaftliche Schwierigkeiten gekommen sein und die Gelder sich zur Fortführung der Existenz seiner Familie angeeignet haben. Der Angeklagte lebte aber offensichtlich auf einem etwas leichten Fuß.«

Da fragt man sich erstaunt: Was kann das wohl für eine Kasse gewesen sein? Eine marxistisch geleitete sicher nicht, denn sowas existiert nicht mehr. Also...? Merkwürdig, seitdem die Justizpresse »vereinheitlicht« ist (das geschah am 6. März d. J.), seitdem der Pressereferent des Reichsjustizministeriums »die publizistischen Auswirkungen der praktischen Rechtspflege im gesamten Reich zu beobachten und gegebenenfalls für ein Einschreiten der Justizverwaltungsbehörden zu sorgen hat«, seitdem alle Justizpressestellen diesem Pressereferenten ausdrücklich unterstellt worden sind, tauchen immer wieder geheimnisvolle Notizen dieser Art auf. Es ist wirklich im Interesse der gesamten braunen Zeitungskulis peinlich, daß die Leser gelernt haben, zwischen den Zeilen zu lesen und daß die mündliche Zeitung, bekanntlich das gelesenste Blatt, sich weder um Referenten noch um Verwaltungsbehörden zu kümmern pflegt.

Nieder mit der Lohntüte!

In Königsberg ist eine »post- und telegrafienwissenschaftliche Studienwoche« zu Ende gegangen, auf deren Schlußtagung der Leiter der Reichsbetriebsgemeinschaft Verkehr und öffentliche Betriebe, Pg. Georg Körner, Berlin, eine gewaltige Rede vom Stapel ließ. Er wandte sich — laut Bericht — zunächst: »gegen die Sabotage- und Unterminierarbeit, die immer noch gegen den nationalsozialistischen Staat getrieben wird. Sie geht soweit, daß es Menschen gibt, die von einer »Gleichschaltung der Partei« sprechen und als Methode dafür Bestechung und Versprechung anwenden.«

Dann enthüllte er höchstselbst den Grund der Unzufriedenheit:

»Man sagt: Die Löhne sind zu niedrig. Jawohl, aber...«

Aber was? Aber:

»Im nationalsozialistischen Deutschen Reich geht es letzten Endes nicht um Lohn-tüten, sondern um die Weltanschauung, die gegenüber dem Bolschewismus eine Parole des Aufbaus und der glückhaften Zukunft des deutschen Volkes ist, um den Nationalsozialismus! —«

Ob den zuhörenden »Gefolgschaftsmitgliedern« bei dieser Gelegenheit nicht die Lohntüte des Pg. Redners eingefallen ist? Die Lohntüte des sechsfachen Hausbesitzers Göring? Die Lohntüte des Arbeitervertreters Ley? Aber die haben ja alle keine Lohntüten, sondern Gehaltskonten und außerdem geheimen Dispositionsfonds. Also hat der Pg. Körner doch recht; es geht im Dritten Reich nicht um Lohntüten. Wozu dann meckern?

Die Wandlung in Jugoslawien

Belgrad auf dem Wege zur Demokratie

Auf den ersten Blick scheint die Wendung in Jugoslawien den Befürwortern der »individuellen Aktion«, in diesem Fall also der Abschließung von Staatsoberhäuptern, rechtzugeben, denn alles, was sich in den letzten Wochen ereignet hat, die Auflösung der Skupschtina, die Neuwahlen, die Hochflut der Oppositionsstimmen, der Rücktritt der Regierung Jefitsch, die Bildung des Kabinetts Stojadinowitsch, die Ankündigung einer neuen, auf dem Volkswillen fußenden Ära und die Wiederauf-erstehung der alten Parteien — all das wirkt wie eine Folge des Marseller Attentats vom 9. Oktober 1934; kein Zweifel, daß, lebte Alexander I. heute noch, seine Autorität ausgereicht hätte, die Diktatur noch eine Wegstrecke weiterzuschleppen. Dennoch unterstützt die neueste Entwicklung keineswegs die These von der Wirksamkeit des individuellen Terrors. Einmal erstrebten die Attentäter und ihre Hintermänner etwas ganz anderes, als sich jetzt anbietet, nämlich statt Festigung des Staates auf demokratischer Grundlage seine Zerrüttung und seinen Zerfall, und zum zweiten wäre der Mordanschlag, obwohl er sein Opfer nicht verfehlte, eine ebenso brutale wie hilflose Geste geblieben, wenn nicht in Jugoslawien selber die Dinge auf einen Umschwung, um nicht zu sagen einen »Umbruch«, hingedrängt hätten. Das ist das Entscheidende! Von der täglich wachsenden Mißstimmung der Massen und der immer gefährlicheren Wirtschaftskrise ausgehüllt, war das »autoritäre Regime« schon lange bankrott; ob es nun ein halbes Jahr früher oder später liquidiert wurde, darauf kam nicht allzuviel an.

Als der König, gestützt auf die Bajonette, an jenem 6. Januar 1929 die Verfassung umstieß, wurde als einziger Zweck der Diktatur die Rettung der Staatseinheit plakatiert. Mit reaktionären Mitteln schien also eine revolutionäre Errungenschaft behauptet werden zu sollen, denn der Zusammenschluß der Serben, Kroaten und Slowenen in einen Nationalstaat war für Südosteuropa eine Tatsache von schlechthin umstürzlerischer Bedeutung, das wesentlichste Stück der bürgerlichen Revolution des Südslawentums; keine Partei hatte die Lösung der jugoslawischen Einheit freudiger und bewußter auf ihre Fahne geschrieben als die junge Sozialdemokratie in Belgrad und Sarajewo, in Zagreb (Agram) und Ljubljana (Laibach). Auch wuchsen in der Tat in dem Schicksalsjahr 1928 seit der Ermordung des kroatischen Bauernführers Raditsch die objektiven Schwierigkeiten derart und häuften sich die subjektiven Fehler auf allen Seiten so sehr, daß Schwarzseher für die Erhaltung der Staatseinheit keine fünf Dinar mehr zu geben bereit waren. Viele dem Diktaturprinzip an sich nicht geneigte ausländische Beobachter betrachteten darum die Belgrader Diktatur wegen ihres »guten Zwecks« mit duldsameren Augen, als sie verdiente. In Wirklichkeit erwies es sich als richtig, wenn ein Balkankenner wie Hermann Wendel schon 1930 in einer gerade heute lesenswerten eingehenden Studie dem Regime des 6. Januar »Tod durch Austrocknung als Folge eigener Unfruchtbarkeit« voraussagte: »Von Natur ist alle Diktatur unschöpferisch, weil sie mit den Wurzeln nicht im nährenden Mutterboden jeder staatlichen Neubildung, in den Volksmassen, steckt. Was sie zu leisten vermag, ist Aenderung des Mechanischen; das Organische bleibt ihrem Zugriff ewig entzogen. Die südslawische Diktatur im besonderen ist auf falschem Weg, da der Grund der Staatskrise nicht ein Zuviel, sondern ein Zuwenig an Demokratie, nicht der Parlamentarismus als solcher, sondern ein falscher, ein lügnischer Parlamentarismus war. Wenn ihr Ziel, Rettung der nationalen und staatlichen Einheit, auch vom europäischen Standpunkt zu begrüßen ist, um es zu erreichen, läuft sie in falscher Richtung.« Zwar wußten immer wieder mehr oder minder gutgläubige Zeitungskorrespondenten zu berichten, wie stramm das Volk hinter dem Regime stehe; noch nach dem Tode des Königs wurden die Tränen, die bei seiner höchst feierlichen und ein-

drucksvollen Bestattung flossen, in diesem Sinn gedeutet. Dabei war es einem Fremden, der meist nicht einmal die Landessprache beherrschte, so unmöglich, in die Geistesverfassung des geknebelten Volkes einzudringen, wie es heute im »Dritten Reich« der Fall ist. Erst jetzt bei den Mai-Wahlen offenbarte sich diese Stim-

slawischen Volkes mit Gewalt unter einen (Geßler-)Hut zu bringen, schmächtig gescheitert. Die Weste ist falsch zugeknöpft worden; man muß sie ganz aufknöpfen, um sie richtig zuzuknöpfen. Die Aufgabe des Aufknöpfens hat vorläufig der neue Ministerpräsident Stojadinowitsch übernommen, dessen Regierung ein typisches

als ein Versuch, die halb aufgezogenen Schleusen wieder zu schließen.

Nein, Jugoslawien ist nach Spanien das zweite der von einer Diktatur heimgesuchten europäischen Länder, das sich ganz offensichtlich auf dem Weg zur Demokratie befindet. Welche Folgen sich daraus auch für die innere Entwicklung des Staates ergeben mögen, seine auswärtige Politik bleibt davon unberührt, nicht weil er will, sondern weil er muß. Sein staatsrechtliches Dasein verdankt Jugoslawien, das aus den früheren Königreichen Serbien und Montenegro, aus den südslawisch besiedelten Teilen des ehemaligen Habsburgerreiches besteht, den Friedensverträgen von 1919. Jeden Vorstoß gegen den territorialen Teil dieser Verträge muß Jugoslawien als gegen seine eigene Existenz gerichtet ansehen, denn wenn es mit dem Abbau und Abbröckeln einmal anfängt, streckt bald die magyarische Revisionspolitik ebenso die Faust nach der Wojwodina wie der germanische Imperialismus die seine nach Kärnten. Die Stellung eines Jugoslawien, das nicht gerade Selbstmordgelüste verspürt, wird deshalb immer an der Seite des unbedingtesten Bürgen der Grenzen von 1919 sein, also an der Frankreichs. »Die Außenpolitik«, sagte darum Stojadinowitsch in seiner Regierungserklärung, ähnlich wie jeder künftige jugoslawische Ministerpräsident sprechen wird, »ist festgelegt durch die Friedensverträge, durch die Bündnis- und Freundschaftsverträge, durch die Existenz der Kleinen Entente, durch das traditionelle Band tiefer Freundschaft zu Frankreich, endlich ist sie festgelegt durch unsere Grundsätze und durch unsere nationale Geschichte. Die Basis dieser Politik ist so fest und tief, sie entspricht so genau den Lebensinteressen des Landes, daß wir sie für unsere künftige Tätigkeit als unabänderlich betrachten.«

Da Jugoslawien zur Demokratie zurückfindet, hält es doppelt fest zu Frankreich — die eine wie die andere Tatsache muß einen prominenten braunen Hochzeitsreisenden, der durch die schier wilhelminische Fülle seiner Uniformen die Jugoslawen geblendet zu haben glaubte, haß verdrießen. »Emmi«, wird er knurren, »nach Dalmatien gehen wir nicht mehr. Es sind doch Schlawiner!« P. O. Smatratsch.

Im Namen der Zivilisation!



Nur nicht umsehen!

Drückung. Trotz einem Wahlgesetz, das jedem Lug und Trug die Tür offen läßt, trotz einem Wahlterror, der vor dem schlimmsten Mittel zugunsten der Regierungskandidaten nicht zurückschreckte, und trotz öffentlicher Wahl rückten die Anhänger der Opposition in so geschlossenen Massen an, daß der dreiköpfigen Regentenschaft angst und bange wurde. Flugs verabschiedete sie den Ministerpräsidenten Jefitsch, der als »junger Mann« des Königs Alexander in der Außenpolitik einige Erfolge buchen durfte und sich in der Innenpolitik mit Konzentrationslagern und Knüppelgardien zu behaupten gedachte, und sofort zeigte sich auch, auf wie schwachen Füßen Diktatoren und Diktaturen stehen. Vom Volk ganz zu schweigen, das nicht einmal ein Achselzucken für den Entmachteten hatte, desertierten selbst die Abgeordneten, die auf die Liste Jefitsch gewählt waren und eben noch ihren Herrn und Meister unterwürfig umschmeichelt hatten: »Welch ein Staatsmann ist er!« in hellen Haufen; als im Parlament Unterschriften für den Gewalthaber von gestern gesammelt wurden, fanden sich trotz eifrigster Bemühungen nicht drei Dutzend Namen zusammen!

Wenn die Pietät es auch noch verbietet, es offen auszusprechen, so ist doch der Versuch über fünf lange Jahre erstreckende Versuch des Königs, die Stämme des jugo-

Uebergangskabinetts ist; von ihr erwartet man nur die Vorbereitung zu Neuwahlen, die allgemein, geheim und frei sein müssen, und zu diesem Ende die Wiederherstellung der staatsbürgerlichen Freiheiten auf dem Felde des Presse-, Vereins- und Versammlungswesens. Erst mit einem Parlament, das die politische Meinung des Landes einigermaßen widerspiegelt, kann die Lösung des unaufschiebbaren Verfassungsproblems mit Aussicht auf Erfolg angepackt werden. Schwierig genug wird es sein. Die kroatische Frage, die im Grunde gar keine kroatische Frage ist, meldet sich in voller Lautstärke zu Wort, und es wird sich bald zeigen, ob man in Zagreb (Agram) seit dem Tode Raditschs, dessen Ideologie und Taktik nicht immer den Prinzipien moderner Demokratie entsprach, viel zugerollt hat. Mit der Kroatischen Bauernpartei treten die anderen politischen Gruppen, die man tot und begraben wähnte, einzeln oder in neuer Koalitionsbindung auf den Plan, die Radikalen, die beiden demokratischen Parteien, die serbischen Landwirte, die slowenischen Christlichsozialen und die boenischen Moslems. Auch der Arbeiterklasse kann es nicht verwehrt werden, sich hinter der Sozialdemokratie, die ihr altes Banner entrollt, in Reih und Glied zu formieren, denn soviel begreifen die Verantwortlichen wohl, daß nichts verhängnisvoller wäre

Brauner Ordens-Knigge

In der nationalsozialistischen Presse, die keine anderen Sorgen hat, zirkuliert zurzeit eine Art Ordensknigge.

Was trägt der »Volksgenosse« zum Frack — so er einen hat?

»Ordensschnalle mit Originalorden 1. Klasse. Auszeichnungen im Original. (Bei offiziellen Anlässen.)

Ordenskette mit verkleinerten Orden, 1. Klasse. Auszeichnungen im Original. (Bei nichtoffiziellen Anlässen.)

Und was zum Gehrock?

»Ordensknopf mit schmalen Ordensbändern und kleinen Orden. Große Ordensschnalle, 1. Klasse. Auszeichnungen im Original.«

Der braune Volksgenosse (über 1000 Mark Monatseinkommen natürlich) besitzt selbstverständlich einen Smoking!

Diesem Smoking gebühren:

»Ordenskette mit verkleinertem Orden oder Ordensknopf mit schmalen Ordensbändern und kleinen Orden 1. Klasse.«

Vortrefflich! Und nun kommt der Cutaway:

Schleifendekoration mit kleinen Orden im Knopfloch, 1. Klasse.

Uebergehen wir den »kleinen« und den »großen Dienstanzug« und verraten wir nur, daß er »große Ordensdekoration« verlangt.

Aber erwähnenswert ist noch der »Straßenanzug«. Er ist auf Diskretion eingestellt. Und verlangt nur »Bandzusammensetzung mit kleinsten Orden oder Schwerterchen in den vielseitigsten Arten...«

Woher aber die viele Garderobe kommt? Ja, Volksgenosse, die resultiert aus jenem schönen Spruch, der da lautet: »Gemeinnutz geht vor Eigennutz!«

Und seine solide Grundlage ist der Lohnabbau für die von unten! Pierre.

Plutokratia sei's Panier!

Die Vendee der Korpsstudenten im Dritten Reich — Von Friedrich Ebert zu Adolf Hitler — Der Nationalsozialismus erstickt an seiner eigenen Nabelschnur

Saxo-Borussia in Heidelberg — In dem bekanntesten und fadesten Theaterschmarren des gewesenen Deutschland der höheren Töchter mit romantischer Sauce begossen, unvergänglicher Quell aller geblümten und großbürokratischen Vetterwirtschaft, mit dem »berühmten« Korps der Ostelbier, den Bonner Borussen, in dem sogar der Immerfestedruß sich einst für Freiheit, Ehre und Vaterland besoff, durch traditionelles Freundschafts- und Kartellverhältnis engat verbunden! Dieses noch ragende Dekorationsstück aus Wilhelmianen ist kürzlich durch akademischen Beschluß auf Antrag der Staatsgewalt für vier Semester suspendiert worden, weil seine bierseligen Burschen und Fische einschließlich ihrer bereits in Amt und Würden stehender Konkneipanten bei vaterländischer Begeisterung und vaterländischem Trank die durch den Lautsprecher übertragene Hitlerrede verulkt hatten. Als man es in den braunen Zeitungen las, besann man sich darauf, daß dieser nicht große weiterschütternde Vorgang eigentlich nur ein besonderes Genrebildchen aus der großen Vendée bildet, die längst unter arkadischer Sonne der alten Burschenherrlichkeit sich an die braune Zwingburg herangeschoben hat.

Schon Julius Streicher hat bereits vor Jahr und Tag beinahe steinerweichend darüber geklagt; er wies damals mit drohend geschwungener Reitpeitsche auf alle die frechen Kiese Wetter- und Wirtinnenverse hin, die, alle Heilig- und Weistümer der rechtmäßigen nationalsozialistischen Gläubigkeit verweisend, auf den Hörbänken der Alma Mater an der Isar allzu zahlreich und zur Einsicht für alle eingekritzelt wären. In Bonn am Rhein hatte ebenfalls schon vor Jahr und Tag der junge Herr »Gebietführer West« der Hitler-Jugend einem Stürmer und einem bunten Band ein rituelles Autodafé bereitet auf offenem Markt; diese Symbole des vom Führer ein für allemal abgeschafften »Klassen- und Parteienstaates« sollten somit ausgerotet und die einzig wahre, nämlich die braune Volksgemeinschaft, nunmehr unter den Klängen des Gaudeamus hergestellt werden! Effekt? Die Korps, die Burschen- und Landsmannschaften demonstrierten wahrhaft staatsfeindlich in einem solennen Couleur-Bummel quer durch Bonn und auch quer durch die — ob das seit langem unerhörten Phänomens — sprach- und ratlosen Gummiknüttel der Polizei; in den schönen Cantus aber von der »Freiheit, die ich meine«, stimmten alle Philister und Spießler am Trottoirrand mit ein, die es ebenfalls — genau wie die ergrimten Musensöhne selbst — mit dem Dritten Reich doch wohl so ganz anders gemeint hatten, wie es denn nun geworden ist.

So ist es nämlich, daß eben jenes Dritte Reich schon längst nicht mehr gerade bei seiner Haupt-Hebamme und seinem wichtigsten Taufpaten etwas gift: eben bei der hoff-

nungsvollen sogenannten »akademischen Jugend«. Der seit geraumer Zeit schon bestehende latente Kriegszustand hat dazu geführt, daß unlängst eine sehr problematische Grenzfestsetzung die akademischen Vereinigungen, vom Totalitätstendenz des Pg. Baldur von Schirach bedroht, regeln sollte, so gut oder so schlecht — bis auf weiteres — als es eben gehen könne. Vater dieses Burgfriedens auf Abbruch und täglichen Widerruf war der Staatssekretär Dr. Lammers in der Reichskanzlei, ganz erprobter und total arrivierter »alter Kämpfer« einerseits, aber auch wiederum bemoohtes Haupt andererseits genug in irgendeinem einflussreichen Alt-Herrn-Zirkel, daß er sich sowohl auf den Schläger des Corpsiers wie auf den Browning des SS-Mannes versteht. Es kam durch seine Intervention bei Hitler selbst nach vielen ungestümen Angriffen der Hitler-Jugend und ihrer örtlichen und zentralen Preisboxer zu einer Art modus vivendi zwischen Tradition und Revolution auf diesem akademischen Seitenflur der Weltgeschichte, wonach die studentischen Korporationen in ihrem »Eigenleben« vorläufig blieben, der »Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund« aber, also der nach bewährtem Muster abschnurrende Gleichschaltungsautomat auf akademischem Boden, einzig und allein mit der »erzieherischen Erfassung« der studierenden Jugend Deutschlands betruet wurde — neben oder, wie er es meint, über den Korporationen. Auf jeden Fall blieben die Buntbemützten zunächst getrost bei ihrer Väter Brauch und Sitte, bei Kommerzbuch und Paukboden; und sie miment Gleichschaltung und polizeilich gestattete Gesinnung. Nun soll es zwar jetzt, nach dem besonders krassen Sündenfall der Saxo-Borussen, allen noch selbständigen und nicht durch irgend ein »Gau-Amt« kontrollierten studentischen Korporationen an den Kragen gehen. Der »Studentenbund« hat eine Art Ultimatum an sie gerichtet, Furchtbar drohte aber auch der Praktiker für Gleichschaltungsfragen im »Völkischen Beobachter« erst dieser Tage anlässlich jenes Heidelberger Falles, daß eben »wer nicht für mich, gegen mich« sei... Aber — es ist das — ganze (und hier beginnt der Konflikt jene politische Bedeutung zu bekommen, die er an sich sicherlich nicht hat) eine Machtfrage geworden, wie sie bei der Reichswehr für den Nationalsozialismus sicherlich nicht anders bestand und noch besteht. Die Siege des braunen Regimes waren hier sehr, sehr negativer Natur, waren und werden es höchstwahrscheinlich auch bis an das selige Ende der Hitlerer bleiben! Der Gegner ist dieses Mal zwar nicht die Generalität direkt, aber doch die hohe Bürokratie, nicht die militärische, aber doch wohl die zivile Exzellenz! Und wer etwas von der alt- und neupreußischen Geschichte weiß, der weiß auch darum, wie seit Friedrich Wilhelm des Ersten Zeiten beide im stillen gegenseitigen

Vertragsverhältnis zur Aufrechterhaltung ihrer historischen Privilegien im Vaterland leben! Das ist der ungleich bedeutsamere Hintergrund hinter diesem akademischen Zwischenfall...

Die Kriegs- und Nachkriegszeit hat nichts so aufgelockert, wie jenen akademischen Boden, auf dem früher so üppig alle Gänseblümchen des Pseudo-Romantizismus und des wilhelminischen Kitsches erblühten. Mit dem grauenvollen »Kindermord« von Langemarck, dem Massensterben der geistig und politisch Unmündigen in jenen Oktobertagen des Jahres 14, kam die große Zäsur. Noch heute zehrt der akademische Rebell gegen die Zeit, wie er sie vorfindet, wenn er nicht ganz zu den Hoffnungslosen und Desperaten sich rechnet, von der heroischen Legende um dieses grauenhafte Sterben in Flandern... Wie viele oder besser wie wenige, auch der Idealisten unter ihnen, fanden aus dem schrecklichen und gespenstischen Verhau der Tatsache selbst den steinigten und mühsamen Weg zu neuer starker Bejahung der Welt, den Weg eines geläuterten Willens und vor allem der straffen Zucht an sich selbst?! Nie haben sie darüber nachgedacht, daß formale Bildung nur ein sehr äußerliches Gut ist, das an sich noch gar keinen Pfiecke zu irgendetwas berechtigt, ob mit, ob ohne akademischen Grad. Gegen den effektiven Geltungsschwund des Monopols der rein akademischen Wissenschaft gerade in den letzten Jahrzehnten, gegen die Tatsache, daß Philosophie wie Geschichtsschreibung, Natur- wie Sozialwissenschaft immer mehr an die Außen-seiter gerieten und geraten, gegen die Erkenntnis, wie stark sogar das rein äußerliche Bildungsniveau der Studenten der Nachkriegsjahre zufolge des Massenandrangs zur Universität und damit auch ihre gesellschaftliche Bewertung im Volksganzen sank, verstopften sie sich die Ohren und Augen mit Wachs und die Herzen mit reaktionärer Verstocktheit. Es blieb die Wut auf alles Neue, Echte und Stärkere! Die schmachliche und hinterhältige Geschichte der deutschen Konterrevolution ist seit den Tagen der Marburger Mordstudenten und der Erzberger-Attentäter von Gevatter Biertimpel zur Hauptsache mit geschrieben worden, wenn auch vielleicht in der Uniform der Balthikumer und in den Unterkünften der Zeitfreiwilligen unseligen Angedenkens.

Aber es blieb auch gerade unter der zahlungsfähig gebliebenen Schicht der deutschen Studenten — die Vorstellung, daß auch unter völlig geänderten staatsrechtlichen Verhältnissen an der überkommenen Bürokratie und an ihren durch Verbandnepotismus gesicherten Pfründen sich nichts ändern dürfe. Das Alte-Herren-System mit seiner Vetterwirtschaft in Sachen staatlicher Versorgung ist für

alle Studentenkorporationen, mögen sie sich noch so heftig befehlen, gemeinsame Grundlage ihrer Existenz auch noch in der Gegenwart! Die frühere Republik hatte an diesem Allerheiligsten zu rühren gewagt. Wir alle wissen, wie Bruder Biertimpel darauf reagierte. Und jetzt das Dritte Reich? In der Tat: Hier ergibt sich so sachte eine Parallele von frappanter Paradoxie:

Es war dieser Tage ein großes freisinniges bürgerliches Blatt der Schweiz, das aus Anlaß jenes Heidelberger Vorkommnisses meinte, daß dieselben Studenten, die sich jetzt über den »Führer« lustig machten, weil er aus einfachen Verhältnissen stamme, ja seiner Zeit auch den Reichspräsidenten Ebert zur Zielscheibe derselben Spötereien gemacht hätten; und wenn sie jetzt also der Nationalsozialismus zwar nicht für das letztere, aber für das erstere bestrafe, so sei dies ganz »in Ordnung«... Nun, es kommt auch darauf an, wer strafft! Grade der »aus einfachen Verhältnissen stammende« Hitler hat das allergeringste Recht, in dieser seiner eigentlich ureigensten Sache zum Rohrstock zu greifen. Ob er nämlich, wenn er sich wirklich seiner Herkunft aus einfachen Verhältnissen mit jenem Stolz bewußt geblieben wäre, der jeden wirklich bedeutenden Menschen adelt, sich nicht geschämt hätte, den Hauptschreier gegen den »Sattlergehilfen« abzugeben, der deshalb das nationale Unglück und die nationale Schande sei?! Wer war es denn, der dicht hinter den Kommunisten aus dem sogenannten Bonzenhaß, meist aus übelsten Instinkten des Elgennutzes und der verleumderten Gehässigkeit des Unzulänglichen geboren, eine förmliche Philosophie des Hasses und eine grandiose Praxis des Schreckens gemacht hat? Wer war es, der bestimmte, kaum zur Macht gekommen, daß selbst die Briefmarke, die Eberts Bild zeigte, in berechtigtem Stolz auf das, was er der Nation in Deutschlands tiefster Erniedrigung gewesen war, verschwinden mußte, dieweilen jeder Ausländer ob solcher Schändung der nationalen Selbstachtung mit Ekel auf jenes Deutschland veränderter Plutokraten sah? Wer ließ den Sohn dieses — ja wirklich, nur ein Sattlergeselle war er gewesen, dieser Reichspräsident, in die Schande des Konzentrationslagers schleppen und ließ ihn mit besonderem Sadismus büßen, daß er grade diesen großen Vater gehabt hatte? Der Mann, der dies tat, hieß Adolf Hitler — ein Mann, wirklich, aus »sehr einfachen Verhältnissen«! Freilich, er selbst möchte ja gern vertuschen, wozu sein Vorgänger sich mit Stolz bekannte! Das ist der kleine Unterschied! Man sollte meinen, daß er selbst für ein Korpsstudentenhirn faßbar wäre.

Jede Revolution kann vielleicht nicht der Agitatoren entbehren. Aber das Experiment, eine Revolution allein auf der Demagogie (nicht zuletzt einer Demagogie gegen pflichtgetreue und verantwortungsbewußte Beamte und Staatsdiener »aus einfachen Verhältnissen«) aufgebaut zu haben, hat Hitler gewagt! Nunmehr hat er die Folgen zu tragen. Und dazu gehört auch eben jener Aufstand der Studenten gegen das Dritte Reich...

Der Bagger

Vor 25 Jahren. Wir saßen in der Baubude. Frühstückszeit. Draußen piff der Herbstwind um den halbfertigen Neubau. Ein neuer Flaschenzug war angekommen und das Gespräch drehte sich um die Entwicklung der Technik. Die Maurer und Zimmerer lachten: alles Mögliche konnte man der Maschine übertragen, aber Häuser bauen — niemals. Eigentlich schade, meinte ein alter Maurer, eine Maschine bedienen, sei leichter. Verfluchte Schinderei, die Bauarbeit.

Einige Erdarbeiter, die nebenan ein neues Haus auszuschachten und ein paar Erdhügel abzutragen hatten, betrachteten ihre groben hornigen Hände. »Bei uns ist alles wie angestemmt. Wir schleppen den Dreck genau noch so weg wie seit Adam und Eva. Beinahe dieselbe Hacke, dieselbe Schaufel, dieselbe Schinderei. Uns hammse vergessen!« — Niemand wußte eine Erklärung dafür; das Gespräch stockte. Merkwürdig, alle Sorten Maschinen waren erfunden worden, man flog in die Luft, tauchte auf den Meeresboden, schrieb mit der Maschine, aber ein Erdhaufen wurde noch genau so primitiv weggebuddelt, wie vor zehntausend Jahren. Wann würde hier endlich einmal die Technik dazwischen fahren und dem Menschen eine uralte Last abnehmen? War doch eigentlich lächerlich: im zwanzigsten Jahrhundert buddeln wie in der Eiszeit!

Leise Nachdenklichkeit senkte sich über die Baubude. Organisierte Arbeiter saßen beisammen, spielten ein Viertelstündchen zur Erholung mit Zukunftsbildern. Die primi-

tivste Schinderei sollte ewig bleiben? Lächerlich wäre das.

Sommer 1935. Der Weg führt mich an einem mächtigen Stück Baugelände vorüber. Arbeitslose Menschen stehen in Gruppen umher und starren in einen Kranz von Wagen und Pferden, über die eisern und grau ein Bagger hinwegragt. Ich seh zu, wie er seine mächtigen Kiefer auseinander reißt, in die gelockerte Scholle stößt, anrückt, die Kiefer schließt, den langen Hals hebt und mit halber Drehung Ladung um Ladung in die Wagen stürzen läßt. Ein eisernes Maul, das auf und zu schnappt und, von Menschen gelenkt, Erdhaufen in mächtige Behälter entleert, gleichmäßig, unermüdet. Ein Riesenheuschreck arbeitet für die Menschen und hebt sie mit einem Ruck über Jahrtausende hinweg.

Da stockt der Gigant plötzlich, das Riesenmaul bleibt in halber Höhe hängen. Arbeitslose haben sich um die Maschine gedrängt, gestikulieren wild umher, streiten mit dem Bauleiter. Die Erregung wächst, ich höre um mich her erregte Reden und erfahre den Grund der Aufregung. Gestern sind hier an die drei Dutzend Erdarbeiter entlassen worden, heute ist der Bagger da; aber das ist ungesetzlich, denn laut Magistratsbeschuß dürfen bei städtischen Planierungen Maschinen dieser Art nicht verwendet, sondern Arbeitslose sollen dazu herangezogen werden. Doch der Privatunternehmer erklärt, dann könne er die Arbeit für diesen Preis nicht übernehmen. Eine Gruppe protestierender Arbeiter ist schon unterwegs, auf dem Wege zum Magistrat.

Der Riesenheuschreck hat seine Arbeit

wieder aufgenommen, taktmäßig, unermüdet, nervenlos. In den baumelnden Fäusten der angesammelten Männer zuckt die Empörung. Alle haben sie etwas Ausgehungertes, Unterernährtes. Erbitterung spannt ihre Mielen hart und kantig. Ich höre Rufe: »Wozu braucht ihr überhaupt noch Menschen?!« Die Stimmung ist im Brodeln, es bedarf nur noch eines kleinen Anstoßes — und der Zuschauer erlebt eine Maschinenstürmerei wie in der Mitte des vorigen Jahrhunderts.

In dieser verständlichen Erbitterung der Arbeitslosen kocht eine verzweifelte Kraft, die vorwärts und rückwärts gewandt werden kann. Die Reaktionen von heute haben das letztere genutzt. Die Hitlers mit ihren kleinbürgerlichen Parolen, mit ihren leeren Phrasen von der Arbeit, »die wieder zu Ehren gebracht werden muß«, vom Handwerk, das gerettet werden soll, — sie haben von dieser Verzweiflung profitiert. Sie verstanden, Fortschritt und Vernunft demagogisch in die Drecklinie zu zerrn, als gehörten Vernunft, »Maschinisierung des Daseins« und Arbeitslosigkeit zusammen und seien ein und dasselbe. So kam die faschistische Revolte gegen die Vernunft. Aber die »zweite Revolution«, die Eroberung des eisernen Roboters für die Gemeinschaft, die wurde verboten. Dafür wurde das private Dasein des Arbeiters bis zur Kinderzeugung maschinisiert...

Das Grollen neben mir ist hilfloser Dampfmist gewichen. Noch immer schauen arbeitslose Gruppen dem erdschaukelnden Ungetüm zu. Sie wissen, daß die Menschheit bis heute auf keinerlei technische Verbesse-

rung verzichtet hat. Es gibt in der Geschichte kein Beispiel dafür, daß sich technische Fortschritte auf die Dauer nicht durchgesetzt hätten. Die Lehren unseres Jahrzehnts müßten es auch dem Indifferentesten einbläuen: die Masse Mensch hat nur die Wahl, den eisernen Roboter zu erobern oder selbst zum seelenlosen Maschinenteil herabzusinken, despotisch gelenkt und beherrscht von einer Kamarilla der Ausbeuter und ihrer faschistischen Bandenführer. Dazwischen gibt es nichts. Karl Rothe.

Das Teufelsrad

Richard Strauß ohne Posten.

Kennen Sie das Teufelsrad? Sie finden es auf dem Rummelplatz. Am Boden einer Bude dreht sich eine große, horizontal gelagerte Scheibe, spiegelblank poliert. Darauf sitzt ein Häuflein Leute und wehrt sich verzweifelt gegen die Zentrifugalkraft, die jeden auf der Scheibe befindlichen Körper nach außen schleudert. Aber alles Sträuben hilft nichts, je rascher sich die Scheibe dreht — und ihr Tempo verschnellert sich von Sekunde zu Sekunde — desto mehr kreischende Menschenbündel rutschen ab und fliegen gegen die gepolsterte Budenwand. Die der Mitte am nächsten sitzen, halten sich am längsten, aber endlich packt es auch sie: ein Bein, das auf die Peripherie zeigt, gerät ins Ziehen, das andere folgt nach, der ganze Kerl beginnt zu gleiten, versucht sich noch einmal nach dem Mittelpunkt zu schieben und saust endlich unter dem schadenfrohen Gelächter der Zuschauer mit einem neckischen Schwung auf den Fußboden.

Verkannte Genies — vortreten!

Daß der deutsche Theaterspielplan verödet, der Büchermarkt nahezu ruiniert ist, daß die Kunstausstellungen — sofern sie nicht von den bewährten Werken nachträglich gleichgeschalteter Toten leben — ein klägliches Niveau aufweisen, vermögen selbst die Nationalsozialisten nicht zu leugnen. Aber sie haben eine Entschuldigung bei der Hand. »Wir sind ja erst zwei Jahre an der Macht, so sagen und schreiben sie, ein lumpigen zwei Jahren können sich keine neuen Talente, geschweige denn die mit Sicherheit zu erwartenden Genies entfalten. Faßt euch in Geduld, ihr werdet euer blaues Wunder erleben!« — Auf diesem Ton ist der Göbbelssche Rundfunk gestimmt, von diesen Vertröstungen leben die Kunstkritiker, diese Hoffnungssehne werden von allen sogenannten Kulturzeitschriften des Dritten Reiches geblasen.

Zwei Jahre sind wirklich eine kurze Frist, und die Erklärung klingt bestechend. Fast könnte man darüber vergessen, daß die nationalsozialistische Bewegung, als sie die Macht über Deutschland an sich riß, kein Säugling mehr war, sondern ein ausgewachsener, vier-schrötiger Flegel. Einen Putz zu riskieren und ein paar hundert Menschen in den Tod zu hetzen — dazu hat es vor zwölf Jahren schon gereicht, aber irgendein nennenswertes Kunstwerk zustande zu bringen, ist dem rauhen Recken bis heute nicht gelungen. Wieso beginnt die Kunstrechnung der Hakenkreuzler erst mit dem Jahre 1933? Muß man an der Macht sein, um dichten oder malen zu können?

Vor allem aber ist es ganz und gar nicht zu verstehen, wo mit einem Male die ungezählten prächtigen Talente hingekommen sind, die angeblich vor dem Umsturz im nationalsozialistischen Lager vorhanden waren und von den Novemberverbrechern künstlich niedergehalten wurden. Wenn damals ein nationalsozialistischer Kritiker zu Feder griff, so begann er seinen Erguß — ob sich nun um eine Kinorezension, um eine Theaterkritik oder um einen Ausstellungsbericht handelte — unweigerlich mit der Behauptung, das verruchte »System« stelle eben nur Asphaltliteraten und Kloakenmaler ins Rampenlicht, indes die wahren, die urdeutschen Künstler, die es natürlich auch gebe, dazu verurteilt seien, in Dachkammern langsam zu verhungern.

Wir nehmen an, sie sind gar nicht verhungert, wir hoffen bestimmt, sie haben in keiner Dach-, sondern in der Reichsschrifttumskammer geendet. Aber selbst wenn sie verhungert wären, müßten doch irgendwo, in irgendeinem noch so bescheidenen Winkel ihre nachgelassenen Werke aufzustöbern sein! Die Theaterdirektoren des Dritten Reiches ringen die Hände, die Verlage drücken vor lauter Verzweiflung ödesten Unterhaltungsschmutz, die Juries greifen, wenn sie sich überhaupt an die Moderne wagen, auf Lovis Corinth zurück, eine ganze Menge Kunst- und Literaturpreise konnten im letzten Jahre nicht vergeben werden, weil wür-

Wir fühlen uns vom Leser zur Ordnung gerufen. Was haben Teufelsräder und Rumelplätze in einer politischen Zeitung zu suchen? Nichts. Wir bitten um Entschuldigung und wenden uns einem seriöserem Thema zu. In Deutschland kam vor wenigen Tagen eine Größe des braunen Kunstbetriebs ins Rutschen, und zur Zeit, da diese Zeilen geschrieben werden, sitzen an der soeben frei gewordenen Stelle bereits zwei neue, siegreiche Postenfässer. (Sie sind entsprechend kleiner und können sich deshalb bequem in den Platz teilen, den zuvor ein Größerer einnahm.)

Richard Strauß, bisheriger Präsident der Reichsmusikkammer und Leiter des Berufstandes der deutschen Komponisten, hat es lange verstanden, sich festzuklammern. Um ihn her glitten die Kollegen ab. Erst die jüdischen, dann jene arischen, die entweder den jüdischen zur Hilfe eilen oder die Kerkerluft des Dritten Reiches nicht länger ertragen wollten. Der große Strauß blieb unbeweglich sitzen. Unbeweglich und unbewegt. Nur manchmal rührte er den Fuß, um einem stürzenden Kollegen noch einen kleinen, heimtückischen Tritt zu versetzen. Wer sandte, als Furtwängler von der rasenden Drehscheibe zu schlittern und dem Hindemith in den Orkus nachzufolgen schien, umgehend eine Ergebnissadresse an die Spitzen des Reiches? Wer sprang hilfsbereit ein, wenn nichtarische Kollegen verjagt worden waren und niemand sonst sich zum Pogromgewinnler hergeben wollte? Wer sagte die Beteiligung an den Salzburger Festspielen ab, um den braunen Chefs gefällig zu sein und vor der ganzen Welt zu demonstrieren, daß auch große Mu-

Radi-Rechtsprechung in Deutschland

Schon vor längerer Zeit kündigte die deutsche offizielle Presse den Erlaß eines Gesetzes an, durch das die Strafrichter ermächtigt werden sollten, auch solche Handlungen zu bestrafen, die zwar an sich den Tatbestand eines bestehenden Strafgesetzes nicht erfüllen, aber einem solchen ähnlich seien. Man glaubte in Juristenkreisen, und zwar auch in Deutschland, nicht, daß eine solche Ungeheuerlichkeit, die die Rückkehr zum Kadisystem bedeutet, in einem Staats, der immer ganz besonders unterstreicht, daß er ein Rechtsstaat sei, zur Tatsache werden könnte. Nun ist aber doch dieses Gesetz veröffentlicht worden, dessen Text wie folgt lautet:

Ist eine Tat, die nach gesunder Volksanschauung Bestrafung verdient, im Gesetz nicht für strafbar erklärt, so hat die Staatsanwaltschaft zu prüfen, ob auf die Tat der Grundgedanke eines Strafgesetzes zutrifft und ob durch entsprechende Anwendung dieses Strafgesetzes der Gerechtigkeit zum Siege verholfen werden kann.

Ergibt die Hauptverhandlung, daß der Angeklagte eine Tat begangen hat, die nach gesunder Volksanschauung Bestrafung verdient, die aber im Gesetz nicht für strafbar erklärt ist, so hat das Gericht zu prüfen, ob auf die Tat der Grundgedanke eines Strafgesetzes zutrifft und ob durch entsprechende Anwendung dieses Strafgesetzes der Gerechtigkeit zum Siege verholfen werden kann.

Mit diesem Gesetz sind alle Befürchtungen weit übertroffen worden, eröffnet es doch der richterlichen Willkür Tür und Tor. Das Vertrauen zu der deutschen Rechtsprechung, das unter dem Hitlerregime schon aufs schwerste erschüttert worden ist, muß mit diesem Gesetz vollkommen vernichtet werden.

Die deutsche Strafrechtsprechung war schon immer stark darin, die Gesetze auf Tatbestände anzuwenden, die nach dem ge-

dige Bewerber fehlten. Wir fragen wieder und wieder: wo sind die Genies, die vom zweiten Reich böswillig unterdrückt wurden? Wo sind ihre großen Werke? Raus aus den Schubladen! Rauf auf die Bühne! Deutschland wartet seit zwei Jahren und ist nicht gewillt, weitere tausend Jahre zuzugeben. Hugin.

Deutsch sein heißt rauh sein

In der »Jungen Front«, amtliche Zeitung der Hitlerjugend in Königsberg, lesen wir:

»Uns Jungen ist das unbekannt: zierliche, gewandte Sprache! Wir reden so, wie wir leben. Und unser Leben ist rauh und hart. Soll doch auch die Sprache hart und rauh sein!«

Ist sie schon! So rauh und hart, daß die ganze Zoologie nicht zureicht und — der Eindringlichkeit halber — Fäuste, Fahrtenmesser, ja oft genug Revolver zur Hilfe genommen werden.

siker manchmal bereit sind, das Lied der Herren zu singen, deren Brot sie essen?

Richard Strauß war in der Wahl seiner Brotgeber nicht sehr heikel. Das Geld, das er heute so ängstlich zu bewahren und zu vermehren bestrebt ist, verdankt er zum größten Teil der deutschen Republik und den deutschen Juden. Er liebte dieses Geld mehr als seine Gesinnung. Uebrigens wurden nur die Fernstehenden von seinem Einschwenken in die braune Ernährungsfront überrascht — in Künstlerkreisen war es seit langem ein offenes Geheimnis, daß mit zunehmendem Alter und mit abnehmender Schaffenskraft die Geldgier des Greises ins Ungemessene stieg, daß sein Tantiemenhunger immer unstillbarer wurde.

Den Budenbesitzern von der Reichskulturkammer war Richard Strauß, der als der größte lebende Komponist der Welt gilt, ein lieber Renommiergast. Sie sind nicht reich an großen Namen. Die Nachfolger — Herr Raabe als Präsident der Reichsmusikkammer, Herr Paul Graener als Leiter des Berufstandes der deutschen Komponisten — verbliesen neben seiner internationalen Leuchtkraft wie Dreigroschenlichter. Aber die Gesetze der Teufelsräder spotten selbst derer, die sie losließen. Die jüdische Schwiegertochter des Richard Strauß vermochten die braune Kunstbetriebsführung noch zu neutralisieren — jetzt hat sich das Rad ein Stück weiter gedreht. Die Uraufführung seiner Oper »Die schweigende Frau« (Text von dem Juden Stephan Zweig) überdauerte selbst der seßhafte Strauß nicht, so gern ihm seine Vorgesetzten auch bewahrt hätten. Er geriet ins Gleiten, sauste zu Boden und muß sich zum

sunden Menschenverstande, ja sogar nach dem klar erkennbaren Willen des Gesetzgebers niemals unter das Gesetz fallen sollten. Besonders findig war nach dieser Hinsicht das Reichsgericht. Berüchtigt ist seine Theorie über die Strafbarkeit des »Versuches mit untauglichen Mitteln und am untauglichen Objekt«. Einige Beispiele mögen das Wesen dieser teuflischen Erfindung erläutern. Wenn jemand mit einem ungeladenen Gewehr, aber in dem Glauben, daß es geladen sei, auf einen Menschen schießt, um ihn zu töten, so wird er wegen versuchten Mordes bestraft, auch wenn sich hernach ergibt, daß dieser Mensch, zur Zeit der Abgabe des Schusses, bereits eines anderen Todes gestorben war, so daß der Schuß auf eine Leiche abgegeben wurde. Nach dieser Theorie kann sogar das sogenannte »Totbeten« bestraft werden. Ein Fall, der nach dieser Rechtsprechung, an der das Reichsgericht trotz aller Angriffe in der Wissenschaft auch heute noch festhält, sehr häufig zu Bestrafungen geführt hat, ist der, daß eine weibliche Person in dem irrigen Glauben, sie sei schwanger, ein Mittel zum Zweck der Abtreibung einnimmt, auch wenn dieses Mittel z. B., um ein krasses Beispiel zu gebrauchen, Schlagsahne, zu dem gewünschten Zweck völlig ungeeignet ist, sofern nur die Täterin an die Tauglichkeit des Mittels geglaubt hat.

Solche Entscheidungen, die dem gesunden Rechtsempfinden wie auch der Absicht und dem Zweck des Gesetzes in schärfster Weise widersprechen, ließen sich noch in großer Zahl anführen. Durch das neue Gesetz soll aber der deutsche Strafrichter sogar der Mühe entoben werden, mit Rechtsgründen darzutun, weshalb das Strafgesetz auf einen Tatbestand angewendet werden kann, für den es an sich nicht bestimmt zu sein scheint; er kann nach dem neuen Gesetz im Gegenteil offen sagen, daß er, obgleich die Tat nach dem geltenden Gesetz straflos ist, sie bestrafe, nur weil »auf die Tat der Grundgedanke eines anderen Strafgesetzes zutrefte und durch entsprechende Anwendung dieses Strafgesetzes nach gesunder Volksanschauung der Gerechtigkeit zum Siege verholfen werden können. Mit diesen Kautschukbegriffen wird es der findigen deutschen Strafrechtsprechung sicher gelingen, jede beliebige Tat zu einer strafbaren zu stempeln. Wird schon seit langer Zeit und erst recht seit der Errichtung des nationalsozialistischen Staates über die Politisierung der Rechtsprechung schwere Klage erhoben, so wird jetzt einer solchen Rechtsprechung der Anschein der Gesetzlichkeit gegeben. Auch hier möge ein Beispiel zur Erläuterung dienen:

Nach deutschem Strafrecht ist eine Beleidigung straflos, wenn sie die sofortige Erwidmung einer dem Täter zugefügten Beleidigung ist oder wenn sie in Wahrnehmung berechtigter Interessen z. B. zu berechtigtem

Ueberfluß noch das Hohngelächter der Zuschauer gefallen lassen. Sein Ruf als Künstler vermag niemanden darüber hinwegzutauschen, daß ihm bei der teuflischen Fahrt die menschlichen Qualitäten mitsamt dem Charakter abhanden kamen.

Das Rad aber dreht sich weiter. Die heute noch nahe am Mittelpunkt sitzen, können morgen unsanft auf der Erde landen. K—a.

Braune Chemie

(Statt eines Berichtes von der Königsberger Chemikertagung.)

In Königsberg trafen sich dieser Tage einige Spitzen der deutschen Chemie und erörterten eifrig die brennende Frage, ob man das Fett, das der Mensch sonst vom Vieh oder aus öligen Pflanzen gewönne, irgendwann und -wo und -wie durch andere Stoffe ersetzen könne.

Es sprach Herr Professor Lottermoser, Seife mit Wasserglas, bisher verwandt, mache die lockere Vistra noch loser und frease den Frauen den Stoff aus der Hand. Dabei gestand er, was sonst verpönt ist, daß man Ersatz im braunen Land nicht nur in Flüsterwitzen gewöhnt ist.

Der Chemiker Steinhoff ging munter zu Werke. Die Seife, so sagte er, sei kein Problem, man gewinne sie jetzt aus Kartoffelstärke, das sei viel teurer und nicht so bequem, auch würde der Schmutz garantiert nicht beiseitigt,

Tadel oder zur berechtigten Kritik getan worden ist. Wird es nun nicht »der Gerechtigkeit nach gesunder Rechtsanschauung zum Siege verholfen«, wenn dem Nichtarier oder gar dem Angehörigen einer »staatsfeindlichen« Partei diese Befreiung von der Strafe versagt wird, sofern seine an sich beleidigende Äußerung sich auf einen Arier oder gar »Pg.« bezieht? Hat doch das Reichsgericht kürzlich nach dem zur Zeit geltenden Recht ausgesprochen, daß der Notwehrbegriff ein anderer, und zwar weiterer sein müsse, wenn die Notwehr von einem Vorgesetzten der SS gegen einen Untergebenen verübt werde.

Der seit Jahrhunderten von allen Kulturvölkern als selbstverständlich angesehene Grundsatz, daß keine Straftat vorliege und keine Bestrafung erfolgen könne, wenn das Gesetz die Bestrafung nicht verlange, wird damit über den Haufen geworfen. Der deutsche Richter wird zum morgenländischen Kadl, der nach freiem Gutdünken straft; aber auch dieser befolgt stets gewisse, durch Gewohnheit und Ueberlieferung gewonnene Grundsätze. Noch nie ist aber bei einem Volke der Grundsatz ausgesprochen worden, daß, wie nach dem neuen Gesetz, Handlungen bestraft werden sollen, die, wie der Richter sogar ausdrücklich feststellen muß, nach geltendem Recht nicht strafbar sind, ihm — dem Richter — aber als zur Bestrafung geeignet erscheinen. Zweck des Gesetzes ist es, wie von zuständiger Stelle erklärt worden ist, daß der Richter Lücken des Gesetzes ausfüllen soll. Damit ist jeder Richter, auch der jüngste Assessor im entlegensten Grenzamtgericht, zum Gesetzgeber gemacht. Diese gesetzlich erklärte Willkür ist um so gefährlicher, als der Schwerpunkt der strafgerichtlichen Tätigkeit nach den sogenannten Emmingerschen Reformen bei den Amtsrichtern (Einzelrichtern und Schöffengericht) liegt, und weil ferner die Rechtsmittel beschränkt und in der Regel nur entweder der Berufung oder Revision eingelegt werden kann.

Die deutsche Strafgesetzgebung hat in den letzten zwei Jahren auf dem Gebiet der öffentlichen und politischen Delikte bereits eine außerordentliche Verschärfung erfahren. Nach § 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1934, dem sogenannten Greuelmärchenparagrafen, ist in Deutschland kaum noch, auch im vertrautesten Kreise, die Besprechung öffentlicher Angelegenheiten oder Einrichtungen möglich, ohne Gefahr zu laufen, mit dieser Gesetzesbestimmung in Konflikt zu geraten und ins Gefängnis wandern zu müssen. Jetzt aber können sogar harmlose Äußerungen, die nicht einmal von diesem findigen Gesetz betroffen werden, nach Belieben des Gerichtes bestraft werden. Niemand mehr innerhalb der Grenzen des deutschen Reiches kann wissen, ob er trotz größter Vorsicht sich nicht durch Wort oder Tat strafbar gemacht hat!

doch sei der Dreck dem Reiche genehm, zumal er spartanische Rauheit zeitigt.

Am eifrigsten drängte Herr Franck sich zur Kasse, er habe die große Entdeckung gemacht, daß sich Butter aus Kohle bereiten lasse, zollfrei, devisionsfrei, frisch aus dem Schacht. Hört ihr die Milchkuh im Kellertoch brüllen? Künftig steht es in Hitlers Macht, den Deutschen die Bäuche mit Kohle zu füllen.

Die Ostpreußen lauschten dem Lied ihrer Gäte,

die Tonfolge schien ihnen seltsam vertraut. Waren nicht einstmals Kaldauen das beste, was jemals ein menschlicher Magen verdaut? Und während die Chemiker noch an schönen Reden ihren Geist erbaut, hörte das Volk schon Kanonen dröhnen — nahe, gewaltig und laut. K.

Der Geisteskloß

Wir lesen in Artur Dinters »Deutscher Volkskirche«:

»Nachdem Juda und Rom ihren Senf zum Evangelium hinzugegan, nagen unsere deutschen Seelen seit Jahrhunderten an diesem schwer verdaulichen Geisteskloß herum. Vielen ist davon so übel geworden, daß sie das Christentum zur Gänze ausspöen.«

Hoffentlich bekommt den Bibelspeiern die jetzt dargereichte Medizin aus Dreck und Menschenblut.

Geld wie Dreck. Für den kommenden Parteitag der NSDAP sind in Nürnberg wieder neue Anlagen erbaut worden, nach eigenen Plänen von Hitler. Das Volk bezahlt.

Arbeiterbank einst und jetzt

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten (Gewerkschaftsbank), die sich dank ihrer gesunden Geschäftspolitik des uneingeschränkten Vertrauens der früheren Gewerkschaftsmitglieder erfreuen konnte, hatte das Jahr 1932 trotz des wirtschaftlichen Schrumpfungsprozesses noch mit einem Reingewinn von 1.000.047,62 RM. abgeschlossen. Die braunen Diebe und Räuber hatten es aber nach der Zerschlagung der Gewerkschaften für richtig befunden, im Jahre 1933 überhaupt keine Bilanz zu veröffentlichen und selbstverständlich auch die fällige Generalversammlung nicht mehr abzuhalten, sondern sie haben im September 1934 zum ersten Male eine Zweijahresbilanz für 1932/33 und 1933/34 veröffentlicht, obwohl die jährliche Bilanz gesetzlich vorgeschrieben ist. Die Bilanzverschleiher benutzen dabei den Gewinn des ersten Geschäftsjahres, um den nach der Uebernahme der Bank im Jahre 1933/34 entstandenen Verlust damit auszugleichen. Mit der den Nazis eigenen Schamlosigkeit wurde der von ihnen verschuldete Verlust natürlich den Marxisten zur Last gelegt.

Jetzt wird die Bilanz des neuen Jahres 1934/35 nicht etwa in der Presse der Arbeitsfront, sondern in den Börsenblättern in höchst unvollständiger Weise bekanntgegeben.

Die Bilanzsumme soll sich von 156 Millionen im Vorjahr auf 303 Millionen verdoppelt haben. Vor Hitlers Machtergreifung war die 1932 151 Millionen RM. Auch wenn diese Verdoppelung stimmen sollte, so wäre diese Entwicklung kein Erfolg, denn die Zwangsmitgliedschaft der DAF umfaßt 23 Millionen gegen 4 Millionen Mitglieder der freien Gewerkschaften, also mehr als das Fünffache.

Obwohl die Arbeitsfront heute 100 Prozent der Aktien der Bank in Händen hat, wird nicht angegeben, welches Guthaben die Arbeitsfront hat.

Würde die DAF ihren jährlichen Ueberschuß aus den Beiträgen von rund 500 Millionen RM bei der Arbeiterbank anlegen, so müßte sich eine weit höhere Bilanzsumme ergeben. Die Arbeitergelder fließen also keineswegs auch nur annähernd der Arbeiterbank zu, sondern verschwinden in den Partei- und Staatskassen der Faschisten. Der Umsatz soll sich ebenfalls verdoppelt haben, doch wird keine Zahl veröffentlicht. Im letzten Jahr des Bestehens der freien Gewerkschaften hat er die stätliche Höhe von 3.149 Milliarden Reichsmark erreicht gehabt. Der Nazibericht aber faselt vom »Schwund des Vertrauens in die marxistische Bankführung«!

Die Einlagen hatten 1932 die Höhe von 135,5 Millionen erreicht und sollen jetzt 1934 auf 287 Millionen gestiegen sein, ein weiterer Beweis dafür, daß die Riesensumme der Beiträge, die von der Arbeitsfront eingetrieben werden, auch nicht entfernt der Bank zugeleitet werden.

Wo bleiben die Gelder und Ueberschüsse der Arbeitsfront?

Die Kreditoren der Bank werden für Ende 1932 mit 113,5 Millionen RM angegeben, während es laut der damaligen Bilanz 135.521.758,08 RM betragen hatten, aber auf einen Schwindel mehr oder weniger kommt es nicht an. An dieser Stelle der Bilanz müßte die Einlage der Arbeitsfront bekanntgegeben werden. In den früheren Bilanzen waren die Debitoren gegliedert, je nachdem die Einlagen wöchentlich, dreimonatlich oder langfristiger fällig gewesen waren. Damit wurde die Flüssigkeit der Bank übersichtlich dargestellt. Die Gewerkschaften hatten noch zuletzt 50 bis 60 Millionen ihrer Vermögen bei der Arbeiterbank liegen.

Die Nazis hatten behauptet, daß sie die Verbände völlig verschuldet übernommen hätten. Die neue Bilanz aber zeigt, daß sie die gestohlenen Vermögen jetzt unter eigenen Wertpapieren im Gesamtwert von über 50 Millionen RM ausweisen.

Der Gesamtbestand an eigenen Wertpapieren beträgt 97 Millionen, so daß also der größte Teil von den »Marxisten« stammt. Unter den Kreditoren befinden sich auch etwa 60 Millionen der Einlagen von den noch bestehenden kleineren Gewerkschaftsbanken, wie »Deutsche Angestellten-Vereinsbank«, »Deutsche Werkmeisterbank«, »Deutsche Wirtschaftsbank (Christliche Gewerkschaftsbank)«. Diese kleinen Sparkassen wurden jetzt aufgesaugt, ohne daß die Sparer ein Wort mitzureden gehabt hätten.

Die Debitoren sind seit dem Vorjahr von 74 auf 94 Millionen angeschwollen. Hier gibt der Bericht zu, daß man vor allem die Arbeitsbeschaffung der

finanziert hat. So ist allein das Wechselkonto von fünf auf über elf Millionen RM gestiegen. Die Privatbanken hatten keine Neigung, faule Arbeitsbeschaffungswchsel zu nehmen, dazu war die Arbeiterbank da. Mehr als die Hälfte der Debitoren entfallen auf öffentlich-rechtliche Institute und Gemeinden, nämlich 48,3 Millionen RM. Es ergibt sich der groteske Zustand, daß die von den Arbeitern aufgebrachtten Beiträge an die Arbeitsfront der Arbeiterbank als Einlagen vorenthalten werden, dafür dürfen die Arbeiter den größten Teil der Außenstände der Bank für die »Arbeitsschlacht« bereit stellen, aus der den Unternehmern Riesengewinne erwachsen konnten.

Soweit Gelder für den Wohnungsbau gegeben wurden, kamen sie nur zum kleinen Teil den gemeinnützigen Heimstättenvereinen zugute, im übrigen wurde von der Arbeiterbank der privatkapitalistische Wohnungsbau durch große Zwischenkredite finanziert. Ebenso wurden, wie der Bericht sagt, »der sonstigen Wirtschaft angemessene Kredite zur Verfügung gestellt.«

Mit kühner Formulierung behauptet der Bericht, daß im Geschäftsjahr nicht weniger als 70 Prozent der Einlagen flüssig waren. In Wirklichkeit ist die Liquidität der Bank unvergleichlich schlechter, als zur Zeit des Bestehens der freien Gewerkschaften.

Es wird angegeben, daß sich die Schulden wie folgt verteilen:

	Mill. RM
1. Banken u. andere Geldinstitute	15,2
2. Öffentlich-rechtliche Institute	48,3
3. Sonstige Kreditnehmer	31,0

94,5

Die Bank hatte demnach von 94 Millionen nur 15 Millionen bei anderen Banken disponibles Geld zur Verfügung, während das übrige bei den öffentlichen Instituten eingefroren ist. Die frühere Arbeiterbank hatte gegenüber 73 Millionen laufenden Debitoren noch zuletzt 54 Millionen RM Norstroguthaben bei Banken, das heißt stets greifbares Geld aufzuweisen gehabt. Bei den Debitoren insgesamt hatte die frühere Arbeiterbank 52 Prozent aller ausgeliehenen Gelder an Eigenbetriebe der Arbeiterbewegung gegeben. Die heutige Bank hat für die gemeinnützigen Betriebe nichts, für die Privatbetriebe alles übrig.

Auch in ihrer eigenen Vermögensanlage ist die heutige Bank alles andere als liquide. Sie berichtet über ihre Beteiligung am Kapitalmarkt, wonach sie an den Hitlerschen Anleihebewegungen wie folgt beteiligt gewesen ist:

323.000.000	4%	Deutsche Reichsanleihe
150.000.000	4½%	Preuß. Schatzanweisung
20.000.000	4½%	Sächs. Schatzanweisung
150.000.000	4½%	Schatzanweisung der Deutschen Reichspost

Diese »Bank der Deutschen Arbeit«, wie sie sich seit Ende 1933 nennt, ist eine melkende Kuh für den finanziell zusammengebrochenen Hitler-

staat. Sie muß zwangsweise von jeder neuen Anleihe eine ordentliche Portion übernehmen, »um ihre Liquidität zu erhöhen«. Im neuen Jahr 1935 hat sie wiederum 50 Millionen Reichsschatzanweisungen übernehmen müssen, und so geht es weiter. Die Bank behauptet, daß ihre flüssigen Mittel Ende des Geschäftsjahres 102 Millionen RM betragen hätten, davon sind die hier übernommenen 50 Millionen Reichsschatzanleihe bereits wieder abzuziehen, so daß noch 60 Millionen verbleiben würden, eine Summe, die weit hinter der Flüssigkeit der alten Arbeiterbank zurückbleibt. Die 70% Liquidität sind ein Phantasiegebilde des in weitesten Kreisen unbekanntem Direktors der Bank, des Herrn Karl Müller.

Unter den Beteiligungen der Bank sind diesmal einige Firmen ausgefallen, die in der Vorjahresbilanz noch aufgeführt waren. Diese Gelder der Arbeiterbank dürften inzwischen verloren gegangen sein.

Ueber die Unkosten wird nichts mitgeteilt. Sie sind offenbar nicht gering, denn das Personal hat sich im letzten Jahr verdoppelt. Die untergebrachten und versorgten Gesinnungsfreunde werden wohl dafür sorgen, daß der Unkostenetat nicht sinken kann. Ganz verschämt wird nur vermerkt:

»Die Bezüge der beiden Direktoren wurden von 58.000 auf 84.000 RM

erhöht.«

Der Reingewinn, der sich bei dieser Art der Bilanzbekanntgabe in keiner Weise nachprüfen läßt, wird mit 2,2 Millionen RM angegeben. Wenn von diesem Betrag nicht weniger als 1,5 Millionen für Rückstellungen verwandt worden sind, so wird man in dieser Handhabung nicht nur den vorsichtigen Kaufmann sehen dürfen, der für die Zukunft Reserven sammelt. Die gesamte Anlage des Bankvermögens und Zusammensetzung der Schuldner dürften es vielmehr notwendig gemacht haben, die heute schon nötigen Abschreibungen allmählich in den Reserven der Bank aufgehen zu lassen. Im ganzen entspricht die Abrechnungsmethode der Bank der Deutschen Arbeit der übrigen Mißwirtschaft in der Arbeitsfront und den sonstigen Nazi-Organisationen.

Die Verwendung der Arbeitergroschen wird nicht ausgewiesen. Die Hitlerpartei bestimmt, die Mitglieder der Arbeitsfront und ihre sog. Reichsbetriebsgemeinschaften haben nichts mitzubestimmen und nichts zu kontrollieren.

Der sog. Aufsichtsrat besteht aus einem Präsidenten, Karl Müller, der gleichzeitig Geschäftsführer der DAF ist, einem Herrn Brinkmann, der gleichzeitig Schatzmeister der DAF ist, einem Herrn Halder, der gleichzeitig stellvertretender Schatzmeister der DAF ist, einem Direktor der Volksfürsorge und dem Verlagsdirektor der Nazis, Herrn Adolf Müller, München. Arbeiterbank, Arbeitsfront und Partei in Personalunion verschachtelt. Im Dunkeln läßt sich gut munkeln!

Von Analphabeten und Einfaltspinseln

Enttäuschte Hitlergefolgschaft — Zum Schaden der Hohn

Die großkapitalistische Wirtschaftspolitik der Hitlerregierung sichert nicht nur gesteigerte Ausbeutung der Arbeiter, sondern sie fördert auch die Bestrebungen, den Mehrwert auf einen möglichst kleinen Kreis von Kapitalisten zu verteilen. Das führt bei den Industrie- und Bankaktiengesellschaften dazu, daß auch bei günstigem Jahresabschluss die Dividenden niedrig gehalten werden, oder solche überhaupt nicht zur Auszahlung kommen, dafür aber dem Aufsichtsrat und dem Vorstand Tantiemen und andere Vergütungen in unvergleichlicher Höhe gewährt werden. Dagegen wehren sich die Kleinaktionäre.

Sie hatten die Hoffnung, daß sie im Dritten Reich Rat und Hilfe bei der Regierung finden würden. Sie gingen zu den maßgebenden Stellen und zu den Zeitungen und klagten dort ihre Not. Das muß in einem immer wachsenden Umfang geschehen sein, so daß die Berliner Börsen-Zeitung in ihrer Nummer 233 gezwungen ist, dazu Stellung zu nehmen. Sie teilt aus einem der bei ihr zahlreich eingelaufenen Briefe der Kleinaktionäre diese Stelle mit:

»Leider setzen sich die Gesellschaften über eine Nichtauschüttung von Dividenden einfach mit dem unmoralischen Hinweis hinweg, andere Gesellschaften lassen ihre Aktionäre auch leer ausgehen.

Der Kleinaktionär ist leider nicht in der Lage, sich anderweitig für den Ausfall der Dividende schadlos zu halten, da er im Werk nicht angestellt ist und keinen Aufsichtsratsposten inne hat.«

Ueber die Kleinaktionäre, die Schutz vor den Großkapitalisten suchen, macht sich die Berliner Börsen-Zeitung lustig: »Solche Geistesprodukte wandern in der Regel mit einem Kopfschütteln oder mit einem Lächeln in den Papierkorb... Fehler und Ausdrucksweise kennzeichnen den Schreiber nahezu als Analphabeten, die entwickelten Gedankengänge als Einfaltspinsel.«

Diese heute als »nahezu Analphabeten« und »Einfaltspinsel« Bezeichneten waren vor wenigen Jahren der Kern der Gefolgschaft der Hitlerpartei: »Kleine Handwerker, Krämer, ambulante Gewerbetreibende, Witwen, Kleinrentner oder, gar Erwerbslose laufen herum als verzerrte, manchmal verzweifelte, Rat und Hilfe suchende sogenannte »kleine Aktionäre«, die sich um ihrer paar Groschen willen schlaflose Nächte bereiten haben.« Weil sie sich dagegen wehren, von den Großkapitalisten um ihren kleinen Anteil an dem Profit geprellt zu werden, klassifiziert sie die Berliner Börsen-Zeitung noch einmal ausdrücklich als »unglaublich einfältige Menschen«. Sie findet es beschämlich: »wie sich bei den primitiven Menschen höchste betriebsethische Forderungen in einer Froschperspektive ausnehmen, wie sich neuzeitliches gedankliches Allgemeingut im speziellen Fall eines kleinen Aktionärs umformt.«

Schließlich sagt das Blatt den Kleinaktionären ganz offen, daß sie mit ihren Ersparnissen überhaupt nichts auf dem Aktien-

markt zu suchen haben. Ihr Geld gehört auf die Sparkassen oder in Rentenwerten angelegt, wo es die Regierung viel leichter zur Befriedigung ihrer noch immer wachsenden finanziellen Bedürfnisse erfassen kann. Der Aktienmarkt sei für ihn kein Feld der Betätigung. Statt Schutz wird also den Kleinaktionären nur Hohn und die Belehrung zuteil, daß das Vorgehen der Großkapitalisten durchaus gerechtfertigt ist und daß die kleinen Aktionäre mit ihrem Gelde der Regierung zur Verfügung zu stehen haben. Wörtlich heißt es in dem Artikel:

»Denn es kann uns heute in Deutschland, wo wir mehr und mehr nur auf uns selbst gestellt sind, durchaus nicht gleich sein, wie jemand seine Ersparnisse verwendet... Die Pflege des Rentenmarktes vor dem Aktienmarkt, die sich die neue Wirtschaftsführung auch weiterhin äußerst angelegen lassen wird, die Förderung der Bestrebungen hinweg von der anonymen Kapitalgesellschaft zur verantwortlichen Einzelbetriebsführung schufen ja weitere Voraussetzungen zur Festigung des Vertrauens in unsere Wirtschaft. Und gerade von diesem Vertrauen hängt ja doch alles ab. Mit der Wiederkehr des Vertrauens hat das neue Reich seinen Wiederaufbau begonnen, mit diesem Vertrauen wird weiter gebaut, und auf diesem Vertrauen gründet sich auch später der fertiggestellte Bau.«

Zunächst muß die Berliner Börsen-Zeitung allerdings eingestehen, daß das Vertrauen stark erschüttert ist. Sie schließt ihren Artikel: »Es sind das alles eigentlich Selbstverständlichkeiten, die man nicht nötig hätte, öffentlich klar zu legen, wenn eben nicht immer wieder in vorwurfsvollen Anklagen sich durch eigene Schuld eine Erschütterung des Vertrauens melden würde.«

Die Kleinaktionäre aus den Kreisen der kleinen Handwerker, Krämer, ambulanten Gewerbetreibenden, Witwen usw. werden nach diesen Belehrungen kein neues Vertrauen zu der nationalsozialistischen Regierung fassen, sondern es wird bei ihnen die Einsicht wachsen, daß auch sie die Opfer eines grandiosen Betruges, der für die großkapitalistischen Interessen durchgeführt wird, geworden sind.

Das artverwandte Tier

Generalforstmeister von Keudell auf der Essener Ausstellung »Mensch und Tier im deutschen Lebensraum.«

»Ein Kulturvolk muß auch eine Tierwelt artverwandter Prägung besitzen... Das bodenständige, angestammte Tier ist die Leung der Stunde.«

Das angestammte nazi-bodenständige Tier dürfte vor allem ein Raubtier sein.

Darf man?

Aus der »Rheinisch-Westfälischen Zeitung«:

»Es wäre... ein geschichtlicher Irrtum, anzunehmen, daß der Parteienstaat eine ethische Fundierung überhaupt nicht gehabt hätte. Daran war, man darf das vielleicht sagen, kein Mangel...«

Darf man wirklich — kleiner Tollkühner?!

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphiae«; alle in Karlsbad; Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czecho-Slovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kc 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kc 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kc 2.— (Kc 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Frs. 2.45 (29.50), Bulgarien Lew 3.— (96.—), Danzig Guld. 0.30 (3.60), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 4.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.